

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Rückblick auf das Jahr 1912.	1	Arbeiterversicherung. Der Ausfall der Ange-	
Gesetzgebung und Verwaltung. Arbeiterschutz-		stelltenversicherungswahlen.	13
gesetzgebung in Rumänien.	4	Kartelle und Sekretariate. Gewerkschaftssekretär	
Wirtschaftliche Rundschau	5	für Bielefeld gesucht.	15
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	6	Andere Organisationen. Die Generalversamm-	
Kongresse. Eine Chemigrabentonferenz. — Die 32.		lung der Bühnengenossenschaft.	15
Jahresversammlung des Amerikanischen	8	Mitteilungen. Für die Verbandserpeditionen. — Unter-	
Arbeiterbundes I.		stützungsvereinigung.	16
Lohnbewegungen und Streiks. Die Tarifverhandlungen	13	Hierzu: Adressen-Beilage Nr. 1.	
im Baugewerbe			

### Rückblick auf das Jahr 1912.

Das Jahr 1912 kann weder in wirtschaftlicher, noch in gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht volle Befriedigung auslösen. Es trägt ein recht widerspruchsvolles Gesicht und hat neben guten Zügen so viele unerfreuliche Erscheinungen aufzuweisen, daß es keine rechte Freude aufkommen lassen will. Obwohl es im allgemeinen als eines der günstigen Wirtschaftsjahre angesprochen werden darf, traten in der Mehrzahl der Monate Minderbeschäftigung und vermehrter Andrang am Arbeitsmarkt doch in schärferem Maße als im Vorjahre hervor. Charakteristischerweise zeichnen sich aber nicht die Monate des Balkankrieges (Oktober bis Dezember) durch höhere Arbeitslosenziffern aus, sondern die Monate April bis September, in denen der tripolitaniſche Krieg noch andauerte, der indes den deutschen Arbeitsmarkt wenig in Mitleidenschaft zog. Die Kriegsgefahr trat also bisher in ihren Wirkungen gegen andere, mehr innerliche Ursachen zurück und man dürfte kaum fehlgehen in der Annahme, daß die Nachwirkungen des schlechten Ernteausfalles im Vorjahr und die bis ins Unerträgliche gesteigerte Fleischnot das ungünstige Bild auf dem Wirtschaftsmarkt des Jahres 1912 verschuldet haben.

Angeſichts der enormen Lebensmittelver-  
teuerung mußten sich große Bevölkerungsschichten ganz erhebliche Einschränkungen an anderem Konsum- und Lebensbedarf auferlegen, worunter zahlreiche Gewerbe und Berufe schwer leiden mußten. Nicht bloß die Baugewerbe standen unter dem Druck einer harten Krisis, da billiges Baugeld kaum zu bekommen war, sondern vor allem die Bekleidungs- und graphischen Gewerbe und andere Industrien fühlten die Rückwirkungen des Teuerjahres. Wir stellen im nachfolgenden die Beschäftigtenziffern, die wir H. Calwers „Konjunktur“ entnehmen, und die Arbeitsandrangsziffern der Zeitschrift „Arbeitsmarkt“ für die ersten 11 bezw. 10 Monate der Jahre 1911 und 1912 zusammen.

Die Beschäftigtenziffer, am Ende des Vorjahres zu 100 gerechnet, betrug in den einzelnen Monaten:

	Januar	Februar	März	April	Mai
1911	99,9	100,8	102,8	105,0	106,8
1912	99,8	101,1	103,0	105,0	105,6
+ od. —	— 0,1	+ 0,3	+ 0,2	0,0	— 1,2
	Juni	Juli	August	September	Oktober
1911	106,5	106,3	106,8	107,7	108,7
1912	105,4	105,4	105,2	106,0	106,5
+ od. —	— 1,1	— 0,9	— 1,6	— 1,7	— 2,2

Die Zahl der Beschäftigten hob sich danach nicht in gleichem Maße, wie im Vorjahre über die Beschäftigtenziffer vom Jahreschlusse, sondern blieb bis um 2,2 Proz. dahinter zurück. Da die Beschäftigtenziffer am Jahreschlusse infolge der winterlichen Stilllegung der Baugewerbe stets den Tiefstand bezeichnet, so hängt der Beschäftigungsgrad eines Jahres sehr erheblich davon ab, in welchem Maße der Aufstieg in den Frühjahrs- und Sommermonaten einsetzt.

Der Andrang der Arbeitsuchenden zu den an der Statistik des „Arbeitsmarkt“ beteiligten Arbeitsnachweisen (auf je 100 offene Stellen berechnet) betrug in den Monaten:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1911	136,9	131,8	108,7	107,6	112,6	109,9
1912	141,0	128,2	109,9	118,9	120,7	119,1
+ od. —	+ 4,1	— 3,6	+ 1,2	+ 11,3	+ 8,1	+ 9,2
	Juli	August	Septemb.	Oktober	November	
1911	110,6	107,5	107,7	127,3	151,9	
1912	116,4	112,7	106,4	120,9	140,9	
+ od. —	+ 5,8	+ 5,2	— 1,3	— 6,4	— 11,0	

Der Andrang der Arbeitsuchenden war also bis zum August (mit einziger Ausnahme des Februar) durchweg höher als im Vorjahre und ging erst von September an ziemlich rapid zurück. Da die Zeit des Rückganges mit dem Balkankrieg zusammenfällt, so müssen dessen nachteilige Wirkungen durch einen mächtigeren Auftriebsfaktor ausgeglichen sein. Als solchen wird man die günstigen Ernteergebnisse betrachten können, die nicht allein eine Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern auch eine Belebung der Produktion zur Folge hatten. Die letztere äußert sich vor allem in der seit dem August einsetzenden scharfen Steigerung der Diskontsätze. Trotz dieser späten Wendung zum Besseren bleibt die allgemeine Signa-

Genossenschaftstag, Zehnter deutscher 240, 385.  
 Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Beamter gesucht 760; Eigenproduktion 79; Scharfliche Lösung des Konflikts in der Zigarrenfabrik in Frankenberg 735.  
 Konsumgenossenschaftsbewegung, Ueber die Entwicklung der deutschen 144.  
 Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Differenzen mit Buchdruckern 335, 631, 668.

**Anderc Organisationen.**

Bühnengehöriger, Generalversammlung der Genossenschaft deutscher 15\*.  
 Christliche Gewerkschaften: Vergleute, gemeinsame Kampfesfront 540; Jahresabrechnung 1912 160; Zur Naturgeschichte der Merkmalen Gewerksvereine 738\*, 757\*, 776. — Holzarbeiter, Gegen die „Volksfürsorge“ 572. — Gutenbergbund 527. — Metallarbeiter, Streikbruch und Streikbrecherbermittlung 63\*, 658; Ende des Kampfes in Wenden 207\*. — Textilarbeiter 623\*.  
 — Bildungsbestrebungen 224; Hereinfall der Centrumschritten 79; Interkonfessioneller Boykott gegen konfessionelle Gebetbücher 144, 171; Christliche Gewerkschaften und Regierung 157\*.  
 Deutsche Gewerksvereine (S.-D.): Die beleidigte Regierung 311\*; Gewerksvereine und der Deutsche Arbeiterkongreß 724; Verbandstag des Verbandes der Gewerksvereine 311\*.  
 Deutschnationale Gewerkschaften in Oesterreich 565.  
 Fleischergejellenbund, Der deutsche 676.  
 Gelbe Organisationen: im bürgerlichen Lichte 707\*; Stand der Gelben im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 64; im Steindruckgewerbe 80; Techniker-Gründung 586\*; Wie Anilinherren ihre Gelben feiern 308\*; Streit zwischen der Berliner und Essener Richtung 624\*.  
 Kaufmännischer Angestellten, Bund 588.  
 Kleriker über Karl Marx-Kritik, Ein 30\*.  
 Nationale Arbeiterbewegung, Ein Unternehmer über die 691\*.  
 Nationaler Arbeiterkongreß, Dritter 628, 790\*.  
 Polnischen Gewerkschaften, Aus den 382\*.  
 Syndikalistenkongreß, Ein internationaler 657\*.  
 Centrumspartei und Angekollte 675\*.

**Mitteilungen.**

An die Kartellvorsitzenden und Postbezieher des „Corr.-Bl.“ 224, 668.  
 An die Leser des „Corr.-Bl.“ 800.  
 Arbeiter, welche nach Frankreich zu reisen gedenken, Zur Beachtung für alle 383\*.  
 Bauarbeiterchutz-Kongreß zu Leipzig, Dritter 385; Anträge 479\*.  
 Generalkommission, Beamter gesucht für Statistif 352; für Verwaltungsbureau 432.  
 Jahresstatistif der deutschen Gewerkschaftskartelle, Zur 48, 144.

Quittungen der Generalkommission über Quartalsbeiträge 32, 96, 160, 240, 295, 368, 432, 496, 556, 628, 692, 760.  
 Quittungen über Sammlungen, allgemeine 96, 160, 296, 368, 482, 496; für Bulgarien und Serbien 249, 296, 368, 432, 692, 760; für Maler 760; für Porzellanarbeiter 32; für Tabakarbeiter in Holland 296, 368, 432, 496.  
 Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten: Abrechnungen 96, 296, 512, 708; Anmeldungen 16, 48, 80, 96, 112, 128, 144, 176, 192, 208, 252, 264, 280, 296, 400, 416, 432, 480, 512, 528, 540, 556, 588, 596, 628, 660, 676, 692, 708, 724, 800.  
 Verbandsexpeditionen, Für die („Corr.-Bl.“ betr.) 16, 32, 48, 80, 128, 144, 176, 208, 224, 240, 252, 280, 312, 328, 352, 368, 384, 400, 448, 480, 496, 528, 540, 556, 588, 596, 612, 628, 644, 660, 692, 724, 740, 760, 776, 792, 800.

**Anhang.**

**I. Statistische Beilagen.**

1. Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1911 . . . . .	1
2. Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1911 . . . . .	25
3. Der deutsche Arbeitsmarkt im Jahre 1912 . . . . .	61
4. Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912 . . . . .	101
5. Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reiche im Jahre 1912 . . . . .	133
6. Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1912 . . . . .	165
7. Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912 . . . . .	201
8. Die deutschen Gewerbe-, Berg- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1912 . . . . .	241
9. Die Wahlen zu den sozialpolitischen Körperschaften im Jahre 1912 . . . . .	249
Berichtigungen zu den Statistischen Beilagen Anhang XVI	

**II. Literatur-Beilagen.**

(Siehe das Spezial-Inhaltsverzeichnis im Anhang [VI].)

**III. Arbeiterrechts-Beilagen.**

(Siehe das Spezial-Inhaltsverzeichnis im Anhang [VII].)

**IV. Adressen-Beilagen.**

Agitationskommissionen 12.  
 Arbeitersekretariate 12, 26, 34.  
 Generalkommission 10.  
 Gewerkschaftshäuser 21.  
 Gewerkschaftskartelle 3, 13, 27, 35.  
 Gewerkschaftspressen 1, 21.  
 Internationale Gewerkschafts-(Berufs-)Sekretariate 10.  
 Landeszentralen der Gewerkschaften 9.  
 Sozialpolitische Presse 22.  
 Sozialdemokratische Landes- und Bezirksvorstände 21.  
 Verbandsvorsitzende, Deutsche 11, 25, 33.

tur des Berichtsjahres eine wenig günstige, und daß besonders die Arbeiterklasse in hohem Maße wirtschaftlich benachteiligt wurde, beweisen die Indizes von N. Calwers Lebensmittelpreisen, nach denen die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Arbeiterfamilie im Deutschen Reiche betragen (in Mark):

	Jan.	Febr.	März	April	Mai
1911 . .	23,50	23,61	23,60	23,80	23,72
1912 . .	24,69	24,83	25,18	25,74	25,52
Zunahme.	+1,19	+1,22	+1,58	+1,94	+1,80
	Juni	Juli	August	Sept.	Oktob.
1911 . .	23,97	24,37	24,65	24,77	24,88
1912 . .	25,85	26,10	26,66	26,63	26,26
Zunahme.	+1,88	+1,73	+2,01	+1,86	+1,38

Bis auf 2,01 Mk. pro Woche gingen also die Mehrausgaben gegenüber denen im gleichen Monat des Vorjahres in die Höhe und selbst im Oktober standen sie noch immer verhältnismäßig hoch. Allerdings zeigt sich von September an ein kleiner Rückgang, der die Einwirkungen der günstigeren Ernteergebnisse verdeutlicht.

Angeichts solcher unbefriedigenden Wirtschaftslage kann es nicht wundernehmen, wenn auch die Weiterentwicklung der deutschen Gewerkschaften nicht alle Erwartungen erfüllt hat. Schon der auffallende Rückgang auf dem Gebiete der Lohnkämpfe zeigte, daß die Gewerkschaften sich der größten Zurückhaltung befleißigten, und wenn auch ihre Quartalsabrechnungen fast durchweg Mitgliederzunahmen aufwiesen, so hielten sich dieselben doch in engeren Grenzen als in den Vorjahren. Nach den uns vorliegenden Abrechnungsziffern des 3. Quartals von 30 Verbänden, ergänzt durch die Schätzungsziffern der Arbeitslosenstatistik des „Reichsarbeitsblattes“ vom Ende September von 21 Verbänden, sind wir in der Lage, für alle der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen den Fortschritt der Mitgliederzahl gegenüber dem dritten Quartal des Jahres 1911 festzustellen. Diese 51 Organisationen (einschließlich der Verbände der Hausangestellten und Land-, Wald- und Weinbergearbeiter) zählten am 30. September 1912 insgesamt 2 595 650 Mitglieder, gegenüber 2 394 894 Mitgliedern am Ende des dritten Quartals 1911. Es ergibt sich daraus eine Zunahme von 200 756 Mitgliedern oder 8,38 Proz. Im Vorjahr hatte die Zunahme 309 020 oder 12,90 Proz. betragen. Nimmt man die Zuwachsquote von 8,38 Proz. auch für die Jahresabschlussziffern an, so darf man mit einer Mitgliederzunahme von 202 918 Mitgliedern und einer erreichten Mitgliederzahl von 2 624 376 oder rund 2% Millionen rechnen. Wenn dieser Fortschritt auch nicht völlig befriedigt, so darf doch die wenig günstige Gesamtlage des Berichtsjahres nicht unberücksichtigt bleiben, die viele Organisationen auf die Erhaltung des Status quo beschränkte und größere Erfolge erschwerete.

Betrachten wir die Entwicklung der Gewerkschaften im einzelnen, so haben 41 Verbände einen Zuwachs und nur 10 einen Rückgang zu verzeichnen. Einen Zuwachs von 35 774 hatten die Transportarbeiter, von 35 281 die Metallarbeiter, von 27 458 die Bauarbeiter, von 20 757 die Fabrikarbeiter, von 14 819 die Holzarbeiter und von 13 740 die Textilarbeiter; diese sechs Industrieverbände hatten also insgesamt eine Zunahme von 147 829 oder 9,08 Proz., standen also nur wenig über dem Gesamtdurchschnitt. Die Verbände, die einen Rückgang aufweisen, haben auch nur insgesamt 4240 Mitglieder oder 1,19 Proz. verloren, so daß die Schwankungen sich in recht mäßi-

gen Grenzen halten. Starke Zunahmen waren ebenso wie starke Abnahmen ausgeschlossen. Immerhin darf man behaupten, daß die Konzentration der Gewerkschaften zu starken, leistungsfähigen Verbänden ihre sammelnde Kraft auch im verflochtenen Jahre bewährt hat.

Die Konzentrationsbewegung hat im letzten Jahre wiederum Fortschritte zu verzeichnen. Im Baugewerbe erfolgte die Angliederung des Stukaturverbandes an den Bauarbeiterverband, in der Metallindustrie die des Schmiedeverbandes an den Metallarbeiterverband und in der Tabakindustrie die des Zigarrensortiererverbandes an den Tabakarbeiterverband. Ein negatives Ergebnis hatten die Verschmelzungsbestrebungen in den Verbänden der Bildhauer, Dachdecker und Glaser, während die Anschlußdebatten in den Verbänden der Lagerhalter, Steinseher, Schiffszimmerer und keramischen Berufe noch in der Schwebe sind. Sicherlich wird der Konzentrationsprozeß sich auch in den nächsten Jahren noch fortsetzen, denn er entspricht den Bedürfnissen des modernen Wirtschaftslebens, die nach einer immer größeren Zusammenfassung der Kräfte hindrängen.

In Unternehmerkreisen hat dieser Konzentrationsprozeß eine Entwicklung erreicht, die die ernsteste Beachtung aller Gewerkschaftskreise verdient. Das Bestreben der Arbeitgeber, sich für den wirtschaftlichen Kampf zu rüsten, führte dort nicht bloß zur Stärkung der Reichsverbände und ihrer Machtbefugnisse und zur Anknüpfung internationaler Verbindungen, sowie zur Schaffung von Streitversicherungs- und Streikentschädigungskassen, sondern auch zur Kartellierung mit Material- oder Rohstofflieferanten und zur Ausbildung des Kampfmittels der Materialsperrre. Dieses Kampfmittel ist zwar nicht neu, sondern schon vor Jahrzehnten in Lohnkämpfen benutzt worden. Aber nach alledem, was darüber in die Öffentlichkeit gelangt, scheint man es gerade gegenwärtig in Arbeitgeberkreisen aufs neue zu forcieren, um auf diese Weise die Lieferanten zu den Kriegskosten der Fabrikanten heranzuziehen. Besonders in Bauarbeiterkreisen verspricht man sich von der Durchführung der Materialsperrre in den nächsten Kämpfen großen Erfolg. Ihre konsequente Durchsetzung würde allerdings aus jedem Kampfe einen Generalstreik machen und das Wirtschaftsleben noch mehr schädigen als jene Massenausperrungen, die dem Unternehmertum weder den erhofften entscheidenden Sieg über die Arbeiter gebracht haben, noch den Gewerkschaften erheblichen Abbruch tun konnten. Aber immerhin würden die Kämpfe umfangreicher, hartnäckiger und erbitterter werden und besonders in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden größere Opfer verschlingen, da ein großer Teil derselben wahrscheinlich den Anforderungen solcher Kämpfe kaum gewachsen wäre.

Die Gewerkschaften aber drängt diese Taktik der Arbeitgeber, die Kampfbasis zu verbreitern, dazu, ebenfalls ihre Kampfmittel zu verbessern. Bereits sind Erwägungen seit dem Dresdener Gewerkschaftskongreß im Gange, die freiwillige Streikbeihilfe für außerordentliche Kämpfe in eine obligatorische Streikunterstützung auf dem Wege des Umlageverfahrens umzuwandeln. Bis zum nächsten Kongreß wird dieser Plan zur Entscheidung reif sein. Eine weitere Stärkung der Gewerkschaften läßt sich im Kartellierungswege erreichen, indem Organisationen, die in gewissen Arbeitsgebieten auf ein gemeinsames Vorgehen angewiesen sind, sich nicht bloß über das Verhalten in eventuellen Kämpfen, sondern auch über

die Bereithaltung und Aufbringung ausreichender Mittel verständigen. Auch die gemeinsame Anlage der Gewerkschaftsgelder bei der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bietet große Vorteile für die Flüssigmachung genügender Mittel im Bedarfsfalle. Schließlich legt die Kartellierung der Arbeitgeber mit Materiallieferanten den Gewerkschaften den Gedanken nahe, sich gleicherweise in den Konsumgenossenschaften einen wirtschaftlichen Rückhalt zu schaffen, wozu einzelne Konsumvereine auch schon die geeigneten Einrichtungen getroffen haben. Die Voraussetzung dafür ist natürlich, daß jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sich dem Konsumverein seines Bezirks anschließt und für dessen Ausbreitung und Erstarbung nach Kräften tätig ist. Wird auf diesem Wege eine gemeinsame Basis für die Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften hergestellt, so ist ein innigeres Zusammenarbeiten der beiden Bewegungen leicht herbeizuführen.

Lohnkämpfe, wie sie im März des verfloffenen Jahres im Ruhrrevier hereinbrachen, dürften mit gewerkschaftlichen Mitteln allein kaum erfolgreich durchzuführen sein. Da bedarf es vielmehr eines recht starken wirtschaftlichen Rückhalts der Arbeiter. So wenig der Ausbau der eigenen Gewerkschaftsorganisation vernachlässigt werden darf, die in erster Linie dem Arbeiter Vertrauen für den wirtschaftlichen Kampf einflößen soll, so muß doch in Voraussicht längerer und umfangreicherer Kämpfe für eine ausreichende Rückenbedeckung der Arbeitermassen Vorsorge getroffen werden, damit ihre Widerstandskraft nicht ins Wanken gerät, wenn es gilt, auszuhalten, und damit auch die Gewerkschaftsleiter mit größerer Zubericht die Verantwortung für die Weiterführung solcher Kämpfe übernehmen können.

Der große Ruhrbergarbeiterstreik prägt dem verfloffenen Jahr seinen Stempel auf; er war der einzige große Kampf desselben, wenn man die am Jahresanfang beendeten Kämpfe im Stein- und Tabakgewerbe noch dem Vorjahre zurechnet. Nur in der Porzellanindustrie, im Schneidergewerbe und in der Metallindustrie fanden Kämpfe größeren Umfangs statt. Der Kampf im Ruhrrevier wäre zweifellos zu gutem Abschlusse gekommen, wenn die gesamten Arbeiter geschlossen in die Bewegung eingetreten wären. Das beweisen die Förder- und Verbrauchsziffern des Jahres 1912 im Vergleich zu den Vorjahren. Trotz des großen Ausfalls der Förderung während des achttagigen Streiks stieg die gesamte Förderung von Steinkohlen in den ersten zehn Monaten des Jahres 1912 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von 133,4 auf 147,4 Millionen Tonnen, und die Kohserzeugung von 18,0 auf 20,1 Millionen Tonnen, während der Inlandskohlenverbrauch im gleichen Zeitraum (nach Abzug der Ausfuhr von 36,83 auf 39,36 Zentner Steinkohlen und von 5,4 auf 5,8 Zentner Koks pro Kopf der Bevölkerung stieg, ganz abgesehen von der gleichen Zunahme der Förderung und des Verbrauches von Braunkohlen und Briketts. Angesichts solch günstiger Konjunktur ist es doppelt zu beklagen, daß den Bergarbeitern in ihrem gerechten Kampfe der Erfolg verjagt blieb. Die Verantwortung hierfür trägt der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter, dessen un-solidarisches Verhalten einzig die Niederlage der Arbeiter verschuldete. Die Verbändler hatten Gelegenheit, für jenen Streikverrat der Christlichen Revanche zu nehmen, als der christliche Gewerksverein am Jahresende im Ruhrrevier eine Lohnbewegung leitete. Sie haben indes die Klassenolidarität höher

gestellt und rückhaltlos ihre Beteiligung an einem etwaigen Kampfe zugesagt. Und das war recht so, denn Verärgerung und Rachegefühle haben aus der Strategie des Wirtschaftskampfes auszuschneiden; nur das, was dem Arbeiterinteresse dienlich ist, darf da entscheidend sein. Im Ruhrrevier ist die Gefahr eines Lohnkampfes durch Zugeitändnisse des Bergbaus, deren Verwirklichung allerdings erst abzuwarten ist, beseitigt. Ein Kampf im Ruhrrevier hätte zwar nicht entfernt den Einfluß auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, wie ein solcher im Ruhrrevier; immerhin wäre er doch recht fühlbar geworden, da er sicher als Anlaß zu neuen Kohlenpreistreibereien benutzt worden wäre.

Das Zusammenwirken von Gewerkschaften und Genossenschaften hat auf einem den beiden bisher fremden Arbeitsfelde zu einem Schritte von großer Tragweite geführt: zur Gründung der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungs-A.-G. „Volkspflege“, die am 16. Dezember 1912 erfolgt ist. Die Gesellschaft, mit einer Million Mark Kapital fundiert, wird nach der Genehmigung ihres Geschäftsplans die Volksversicherung und die kleine Lebensversicherung aufnehmen und mit dem in den Gewerkschaften und Genossenschaften vorhandenen Organisationsapparat sofort eine großzügige Propaganda betreiben, der hoffentlich ein schöner Erfolg beschieden ist.

Die Genossenschaftsbewegung hat sich stetig weiter entwickelt und die große Ausstellung in Berlin anlässlich des Berliner Genossenschaftstages war geeignet, ihre Leistungsfähigkeit und Erfolge in das hellste Licht zu rücken. Man kann nur auf das lebhafteste wünschen, daß die Konsumentenorganisation eine weitere Kräftigung erfahre, um zu ihrem Teile beizutragen zur wirtschaftlichen Hebung des arbeitenden Volkes. Um so bedauerlicher ist es, daß in Berlin, wo der Boden für die Konsumgenossenschaft schon an sich ungemein schwer zu bearbeiten war, innere Streitigkeiten entstanden sind, die die Gefahr einer Hemmung des genossenschaftlichen Aufstiegs heraufbeschwören. Für solche Auseinandersetzungen sollte in den ohnehin schweren Kämpfen gegen die Auswucherung des Volkes weder Zeit noch Raum sein!

Den schönsten Erfolg des Jahres 1912 hat die sozialdemokratische Partei bei den Reichstagswahlen im Januar davongetragen. Mehr als 4¼ Millionen erwachsene männliche Reichsangehörige haben sich durch den Stimmzettel als Sozialdemokraten bekannt und mit 110 Mandaten zog diese Partei als die weitaus stärkste Fraktion in den Reichstag ein. Freilich reichen auch 110 Abgeordnete noch nicht aus, um in jedem Moment das Interesse der Arbeiterklasse entscheidend ins Feld zu führen und schon bei der endgiltigen Wahl des Präsidiums zeigte es sich, wie wenig auf eine wirklich demokratische Mehrheitsbildung im Reichstage zu rechnen ist. Indes dürfte die Fraktion immerhin wenigstens stark genug sein, um Anschläge gegen das Koalitionsrecht oder ähnliche Entrechtungspläne, wie sie bei der Reichsversicherungsordnung durchgesetzt werden konnten, zu verhindern. Die bisherigen Leistungen des neuen Reichstags in sozialpolitischer Hinsicht waren gleich Null und es hat den Anschein, als ob auch die jetzige Winteression recht dürftige Ergebnisse zeitigen werde. Die Stellungnahme des Reichstags zur Frage des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter war recht wenig ermutigend. Hier zeigte es sich aufs neue, daß einzig die Sozialdemokratie zuverlässig und vorbehaltlos die Volksrechte verteidigt.

Die Frage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen ist im abgelaufenen Jahr um keinen Schritt vorwärts gekommen. Die preußische Regierung ist konsequent geblieben, erst den Ausfall der Reichstagswahlen und ihre Rückwirkung auf das innerpolitische Leben abzuwarten, ehe sie mit neuen Vorschlägen hervortreten will. Aber der in diesen Tagen stattfindende Parteitag der Sozialdemokratie Preußens wird die Wahlrechtsfrage von neuem in den Mittelpunkt der Tagesdiskussion rücken und dann wird ein längeres Ausweichen unmöglich sein, zumal angeichts der ständig wachsenden Kriegsgefahr der Regierung nichts unbequemer sein kann, als eine unruhige, in ihrem Gleichberechtigungsempfinden verlebte, ständig demonstrierende Bevölkerung. Mit einem solchen offensichtlichen Schwächezeugnis kann Deutschland dem Ausland wirklich keinen Respekt abtrotzen.

Die internationale Kriegsgefahr hat im Berichtsjahr eine beängstigende Schärfe erreicht. Der Tripoliskrieg Italiens gegen die Türkei offenbarte die Schwäche der letzteren so deutlich, daß die kleinen Balkanstaaten, hierdurch ermutigt, ihre inneren Reibungen vergaßen, sich zum Balkanbund zusammenschlossen und vereint über die Türkei herfielen. Das Kampfesglück war ihnen auch hold und das bedrängte Sultanat mußte um Waffenstillstand bitten, worauf man sich jetzt in London seit Wochen über die Friedensbedingungen herumstreitet. Mehrfach war es nahe daran, zum allgemeinen Krieg der größten Nationen zu kommen. In dieser Situation hat sich die internationale Arbeiterbewegung den Dank der gesamten Kulturmenscheit erworben, als sie in Basel ihren großen Friedensdemonstrationskongreß abhielt und durch ein Protestmanifest gegen den Krieg den Regierungen und den herrschenden Klassen den furchtbaren Abgrund, den ein solcher Weltkrieg aufstun würde, vor Augen führte. So hat sich das internationale Proletariat als der sicherste Friedenshort erwiesen und sein Beispiel hat bis tief in die bürgerlichen Kreise hinein Anerkennung gefunden. Wenn namentlich in Österreich der Einfluß der Kriegspartei seither niedergehalten werden konnte, so ist das in erster Linie dem Wirken der Arbeiterklasse anzurechnen.

Das neue Jahr 1913 wird wahrscheinlich ein Kampfjahr in mehr als einer Hinsicht werden. Welche Komplikationen der Balkankrieg nach sich ziehen wird, das ruht noch im Zeitenschoße. Aber auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet stehen große schwere Kämpfe in Aussicht und die Arbeiterklasse tut gut, ihre Organisationen nach beiden Richtungen hin so zu stärken, daß diese dem Anprall der Hochflut in jedem Augenblicke gewachsen sind. Es werden große Anforderungen an Ausdauer und Opferwilligkeit an jeden einzelnen gestellt werden. Die deutsche Arbeiterschaft wird aber diesen Kämpfen mit gewohnter Zuversicht entgegengehen und keinerlei Anstrengung scheuen, um neue Erfolge den früheren anzuschließen.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Arbeiterschutzgesetzgebung in Rumänien.

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert beginnt sich in Rumänien eine nationale Industrie zu entwickeln. Nach der amtlichen Statistik gab es im Jahre 1911 536 industrielle Großbetriebe, d. h. solche deren fixes Kapital wenigstens 50 000 Frank (ein Frank = 80 Pf.) beträgt und in denen mindestens

25 Arbeiter beschäftigt und Maschinen verwendet werden, sowie 41 000 kleine Werkstätten. Die Gesamtzahl der in diesen Großbetrieben und Werkstätten beschäftigten Arbeiter stellte sich auf 200 000. Wie wir sehen, fehlt es nicht an einem Proletariat in Rumänien.

Trotzdem neben den 200 000 industriellen Arbeitern noch über 5 000 000 Landarbeiter in Rumänien existieren, dachte bis vor kurzem keine Regierung daran, eine Schutzgesetzgebung für die Arbeiter ins Leben zu rufen. Jedenfalls kann man dies behaupten, soweit es auf eine wirkliche Arbeiter-Schutzgesetzgebung ankommt.

Im Jahre 1888 wurde von dem damaligen konservativen Ministerium Rosetti-Carp ein Entwurf zu einer Gewerbeordnung ausgearbeitet, welcher jedoch nicht zur Verabschiedung gelangte. Dasselbe Schicksal war einer im Februar 1901 von einer konservativen Regierung — am Vortage ihres Rücktrittes — eingebrachten gleichartigen Vorlage beschieden. Das Gesetz von 1902 aber bedeutete keinen Fortschritt auf der Bahn der Staatsinterventionen für die Arbeiterklasse. Dieses Gesetz ist eine Kopie der österreichischen Gewerbeordnung und erstrebte eine zwangsgenossenschaftliche Organisation der Arbeiter. Aus demselben wollen wir folgende Bestimmungen herausheben.

Als Lehrlinge können in gesundheitschädlichen und die kindliche Arbeitskraft überanstrengenden Berufen Kinder nicht vor Vollendung des 14., sonst aber des 12. Lebensjahres aufgenommen werden. Letzterenfalls ist jedoch mit Genehmigung der Handels- und Industriekammer die Gewährung von Ausnahmen zulässig. Das Lehrverhältnis kann während einer einmonatigen Probezeit von beiden Seiten einseitig aufgelöst werden, gegenseitige Vereinbarungen sind nichtig. Die Arbeitszeit, mit Einschluß der Schulstunden, darf für Lehrlinge vor zurückgelegtem 14. Jahr nicht mehr als 8 und für solche im Alter von 14—16 Jahren nicht mehr als 10 Stunden betragen. — Vor Vollendung des 16. Lebensjahres dürfen Lehrlinge zu keiner Nachtarbeit (von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh) verwendet werden und jedenfalls muß ihre Arbeitszeit durch eine mindestens einstündige Ruhepause unterbrochen werden. Schließlich wird der Lehrherr verpflichtet, den Lehrling nicht zu überanstrengen, ihn zu keinem häuslichen Dienst zu verwenden, darauf zu achten, „daß er nicht von den Hausleuten in seiner Würde verletzt werde“, und ihn zum Schulbesuch anzuhalten.

Mangelhafter sind die Normen zugunsten erwachsener Arbeiter. Das Arbeitsverhältnis auch solcher wird erst definitiv nach Ablauf einer zweiwöchigen Probezeit, die ebenfalls vertragsmäßig nicht ausgeschlossen werden kann.

Die ihnen zugewiesene Arbeit soll ihre Körperkraft nicht übersteigen und häusliche Dienste sollen von ihnen nur auf Grund besonderer Vereinbarung gefordert werden dürfen. Mangels gegenseitigen Abkommens, oder wenn die Voraussetzungen zu sofortiger Vertragsauflösung nicht vorliegen, haben beide Teile eine zweiwöchige Kündigungsfrist einzuhalten. Bei Zuwiderhandlung hat der Arbeitgeber dem Arbeiter den vollen (und wenn dieser von ihm auch zu verköstigen war, den doppelten Lohn auszus zahlen) bzw. der Arbeitnehmer den Schaden zu ersetzen, für welchen mit ihm auch sein neuer Patron solidarisch haftet.

Die Bedeutungslosigkeit dieser Schutzvorschriften speziell für die industrielle Arbeiterschaft wird erst

Nur, wenn man festhält, daß sie sich überhaupt nur auf handwerksmäßige und in keiner Weise auch auf industrielle Betriebe beziehen.

Vor diesem Gesetz war ergangen im Jahre 1894 ein niemals zur Ausführung gelangtes Reglement über Frauen- und Kinderarbeit in gefährlichen und gesundheitschädlichen Betrieben, ein Berggesetz im Jahre 1895 und im Jahre 1897 ein Gesetz über die Sonn- und Feiertagsruhe; dieses letztere wurde im Jahre 1910 in dem Sinne geändert, daß es die volle Sonntagruhe gewährt.

Kast alle Gesetze — außer dem über Sonn- und Feiertagsruhe — sind durch ihren zünftlerischen Charakter wirkungslos geblieben. Gegen die Gewerbegesetze kämpften die Arbeiter und sie konnten daher unmöglich in Kraft gesetzt werden und die „schönen Vorschriften“ des Reglements über Frauen- und Kinderarbeit und die Arbeiterschutzbestimmungen des Berggesetzes sind tote Buchstaben geblieben — wie die meisten unserer Gesetze. In keinem Parlament der Welt werden soviel Gesetze in jeder Legislaturperiode angenommen wie im rumänischen Parlament — aufgebaut auf dem Dreiklassenystem —, weil es die Regierung damit nicht ernst meinte, sondern, wie es heißt, die Gesetze einbrachte, um neue Beamtenposten schaffen zu können.

Inzwischen kämpften die Arbeiter um eine wirkliche Schutzgesetzgebung weiter und am Anfang dieses Jahres brachte die Regierung auch ein Gesetz, welches als ein kleiner Fortschritt der Arbeiterschutzgesetzgebung zu betrachten ist. Das Gesetz besteht aus zwei Teilen: Versicherungsgesetz und Gewerbegesetz. Der erste Teil wurde von der Arbeiterschaft angenommen, der zweite Teil wurde boykottiert, weil er einen zünftlerischen Charakter hatte, und dadurch auch zu Fall gebracht.

Das Versicherungsgesetz zerfällt in drei Teile: 1. Versicherung gegen Krankheit, 2. Unfall und 3. Invalidität.

Vom Gesetze sind ausgeschlossen große Schichten der arbeitenden Klasse wie Handlungsgehilfen, Gaitwirtsgehilfen, Bülger, Diener und die große Masse der Bauern. Ein Recht auf Krankenunterstützung hat man erst nach 6 Wochen Mitgliedschaft und auf die Dauer von 16 Wochen. Die Beiträge (2 Proz. vom Lohn) werden nur von den Arbeitern aufgebracht.

Die Unfallversicherung ist demokratischer: Im Falle eines Unfalles in der Zeit der Arbeit — oder Berufsunfall im allgemeinen — ist der Unternehmer verantwortlich. Aber auch da sieht man die reaktionäre Seite, zwei Wochen nach dem Unfall wird der Arbeiter von der Krankenkasse unterstützt, d. h. von seinem eigenen Gelde. Im Falle der völligen Invalidität bekommt der Arbeiter nur  $\frac{1}{2}$  seines Lohnes, die Entschädigung für teilweise Invalidität festzusetzen wird dem Versicherungsamt überlassen, die Witwe bekommt  $\frac{1}{2}$  vom Lohne und die Kinder — nur bis zu zwei — auch  $\frac{1}{2}$ .

Für die Pensionskasse werden je 15 Pf. Beiträge von Arbeitern, Staat und Unternehmern entrichtet und Pension bekommt man nach 1200 Wochen, d. h. nach 24 Beitragsjahren. Die Altersgrenze ist festgesetzt auf 65 Jahre, welches im allgemeinen für Rumänien zu hoch ist. Nach der amtlichen Statistik erreichen von 200 000 Arbeitern nur 500 dieses Alter. Die Pension von 150 Frank, d. h. etwa 30 Centimes (10 Centimes = 8 Pfennig) täglich, eben genügend zum Betteln, muß unbedingt erhöht werden. Bei einem jährlichen Budget von über 500 Millionen Frank (1 Frank = 80 Pfennig) kann man für Ver-

sicherung von 200 000 Arbeitern mehr geben als 1¼ Millionen Frank. Während man für Versicherung von 200 000 Arbeitern nur 1¼ Millionen Frank gibt, wird für etwa nur 1000 Beamte allein eine Million ausgegeben.

Solange die Unterstützungen so niedrig sind wie heute, wird das Gesetz den Arbeitern keine Erleichterung bringen und stets Unzufriedenheiten hervorgerufen. Der Staat und die Unternehmer müssen größere Beiträge entrichten. Die Beiträge für die Krankenunterstützung sollen auch von den Unternehmern mitaufgebracht werden. Das Gesetz ist ein Fortschritt, aber es muß noch viel geändert werden, bis es den Arbeitern wirksam helfen soll. Die rumänischen Arbeitergewerkschaften haben den Kampf aufgenommen und werden damit auch Erfolg haben.

Sawel 3.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die deutsche Rhederei 1912 — Bremer Baumwolltransporte — Auswandererbeförderung — Schiffsbau, Dampfer und Segler — England.

Die Handelskammern von Hamburg und Bremen sind, wie üblich, mit ihren Jahresberichten am frühesten zur Stelle. Da wir mit den wichtigsten Produktions- und Preisübersichten warten möchten, bis die abschließenden Dezemberstatistiken, gegen Mitte Januar, vorliegen werden, so seien heute einige Bemerkungen, zum Teil in Anlehnung an die hansestädtischen Erfahrungen, der jüngsten Entwicklung des ozeanischen Weltverkehrs gewidmet.

Als Quellen der außergewöhnlich angeschwollenen Schiffstransporte nennt der Hamburger Bericht neben dem überaus starken Ausfuhrdrang der europäischen Gewerbe vor allem die überdurchschnittlich großen Ernten in manchen überseeischen Ländern: so bisher von Mais (und nunmehr wahrscheinlich auch von Weizen) in Argentinien, von Getreide und Baumwolle in den Vereinigten Staaten, wozu sich eine wesentlich gestiegene Produktion von Stapelartikeln des südlichen und östlichen Asiens gesellt habe. So wurden „an verschiedensten Stellen des Erdballs ausgedehnte Schiffsräume erforderlich. Bei hohen Preisen der meisten überseeischen Erzeugnisse stand einem umfangreichen Warenverkehr nach Europa eine starke Exporttätigkeit in den europäischen Industriestaaten gegenüber. In der ersten Jahreshälfte gestaltete sich der Handel im allgemeinen lebhafter als später. Die Seeschifffahrt war stark beschäftigt, zumal auch der Auswandererzufluß aus Rußland und Oesterreich-Ungarn mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten wieder in voller Stärke einsetzte. Die Linienrhedereien waren mit ihrem eigenen Schiffspark dem Güterandrang vielfach nicht gewachsen und trugen durch Charterungen zur Verminderung der in freier Fahrt tätigen Dampfer bei. Den Dampfern in freier Fahrt und den Segelschiffen kam unter diesen Umständen die günstige Lage des Frachtenmarktes zugute.“

Die Bremer Handelskammer erkennt eher noch unumwundener an, daß „ein gründlicher Wandel“ zugunsten der Rhedereien eingetreten sei, nachdem letztere ein paar Jahre unter dem Ueberangebot an Tonnage gelitten hätten. Die Schifffahrt könne „auf ein außerordentlich gutes Jahr zurückblicken“. Als Spezialität Bremens wird dabei der Baumwollhandel besonders hervorgehoben. Gerade in

dem noch immer fast ausschließlich maßgebenden amerikanischen Erzeugnis ist hier Bremen nicht nur weitaus der erste Markt des europäischen Festlandes, sondern nächst Liverpool, mit seinem unergleichlichen Industrie hinterland von Manchester, weitaus der hervorragendste Einfuhrplatz der Welt. „Infolge der sehr viel größeren amerikanischen Ernte ist die Zufuhr Europas bedeutend größer gewesen als in den beiden vorausgegangenen Jahren. Und das ist vor allem Bremen zugute gekommen, wogegen der Rückgang der Einfuhr aus Ostindien Bremen wenig betrifft, weil dieser Handelszweig bei ihm wenig ausgebildet ist.“ Von der nordamerikanischen Ernte gelangten zur Ausfuhr Ballen:

	1911/12	1910/11	1909/10
nach Großbritannien	4 291 000	3 357 000	2 435 000
„ dem Festland	6 405 000	4 402 000	3 891 000
„ davon nach			
Bremen . . . . .	2 792 000	1 967 000	1 735 000
Hamburg . . . . .	257 000	222 000	130 000
Antwerpen . . . . .	156 000	141 000	98 000
Havre . . . . .	1 174 000	912 000	948 000
Genua . . . . .	518 000	378 000	298 000
Triest und Fiume	124 000	78 000	49 000

Bremen hat danach rund zwei Drittel der Einfuhr Englands seinerseits erhalten. Auf dem Probenzimmer der Bremer Baumwollbörse, an dem die gesamte Spinnerei Deutschlands und zum großen Teil auch der Nachbarländer beteiligt ist, wurden bis zum 20. Dezember abgepackt 1912 2 507 863 Ballen gegen 1 993 297 und 1 803 572 Ballen in den beiden Vorjahren.

Als ein zweiter, ungewöhnlich gewinnreicher Verkehrsweig sei die Auswandererbeförderung angeführt. Die Kajütpassagiere beiseite gelassen, haben gerade die allerletzten Monate rasch steigende Ziffern gebracht, so daß trotz der ruhigeren internationalen Bevölkerungsbewegung im Jahresbeginn die diesjährigen Ziffern für Januar bis einschließlich November bereits die Gesamtzahlen der Vorjahre übertreffen. In den statistisch abgeschlossenen 11 Monaten 1912 wanderten über Hamburg 124 724 Personen aus, dagegen im Gesamtjahr 1911 86 895, 1910 118 131, 1909 113 525, 1908 48 595 Personen, — über Bremen Januar bis November 1912 159 489 Personen, dagegen im Gesamtjahr 1911 115 044, 1910 157 896, 1909 144 417, 1908 74 626.

Profitablere Frachtsätze und vermehrte Nachfrage nach Schiffsraum geben natürlich einen verstärkten Anreiz zum Schiffsbau. „Die Schiffswerften,“ heißt es im Hamburger Bericht, „der bedeutendste Zweig der Hamburger Industrie, waren durch Aufträge für Schiffsneubauten stark in Anspruch genommen und hatten zeitweise mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, um die genügende Anzahl vorgebildeter Arbeiter zu beschaffen.“ Zwischen Dampfern und Segelschiffen zieht sich jedoch eine scharfe Unterscheidungslinie. Zwar hat auch die Segelschiffahrt aus dem lebhafteren Wirtschaftsgang „guten Nutzen gezogen“; die englische Schifffahrt stieg nicht mehr in so großen Mengen ihre Segelfahrzeuge durch Verkauf, meist an außenstehende Nationen, ab, so daß sich die Preise für Segelschiffe wieder etwas heben konnten. Aber für die Neubauten kommen die Segelschiffe verhältnismäßig immer weniger in Betracht. „Während die Linienreedereien,“ berichtet Hamburg, „eine große Anzahl von Dampfern in Bestellung gaben, sind keine Aufträge zum Bau neuer Segelschiffe bekannt geworden.“ Eine kürzlich veröffentlichte inter-

nationale Statistik entwarf für diese zweifachlächtige Entwicklung der Welt handelsflotte folgendes Bild:

	Dampfer Brutto T.	Segler T.	Zusammen T.
Herbst 1893	15 134 000	9 829 000	24 963 000
„ 1897	17 889 000	8 894 000	26 783 000
„ 1901	23 379 000	8 119 000	31 598 000
„ 1905	28 369 000	7 620 000	35 989 000
„ 1909	33 745 000	6 752 000	40 497 000
„ 1910	34 649 000	6 412 000	41 061 000
„ 1911	35 969 000	6 153 000	42 122 000
„ 1912	37 500 000	5 900 000	43 400 000

Während die Dampfer tonnage sich danach in noch nicht ganz zwei Jahrzehnten auf das 2½fache des Anfangsbestandes vermehrte, schmolz die Segelflotte um weit über ein Drittel, um 4 Millionen Tonnen, zusammen. Blicke sie bei der gleichen absoluten Verminderung, so wäre nach einem weiteren Vierteljahrhundert nichts mehr von ihr übrig — was natürlich nicht anzunehmen ist, da für gewisse Zwecke, beispielsweise für die lokalere Küstenfahrt, Segelschiffe noch lange genügen und unter Umständen sogar profitabler sein werden.

Ferner setzt sich, wie zu erwarten, die Verschiebung in den Größenklassen fort, und dies bedingt, wie bekanntlich auch drüben in New-York-Hoboken, weitere Umgestaltungen in den Hafenanlagen. So sollen die Anlagen in Kuxhaven, die bei den zunehmenden Schiffsgrößen nicht mehr ausreichen, umgestaltet und erweitert werden, um für die 50 000 Tons-Dampfer der Imperator-Klasse, die die Hamburg-Amerika-Linie für einen regelmäßigen wöchentlichen Fahrdienst zwischen Hamburg (Kuxhaven) und den Vereinigten Staaten demnächst einstellen wird, den erforderlichen Platz zur Unterbringung und Abfertigung zu schaffen.

In England wiederholen sich die gleichen Erfahrungen wie in Deutschland. Die Werften und Maschinenbaubetriebe an der Clyde verzeichnen 1912 mit die höchsten, je erreichten Ziffern. Es liefen hier nicht weniger wie 381 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 642 214 vom Stapel, fast 12 000 Tonnen mehr wie im Vorjahre. Der Schiffsmaschinenbau belief sich auf 877 125 indizierte Pferdekraft, 80 000 Pferdekraft mehr als im Vorjahre. „Die Tonnage der (an der Clyde allein) vom Stapel gelassenen Schiffe,“ urteilt die „Times“, „ist größer als Deutschlands Gesamtzeugung im Vorjahre, und zweimal so groß wie die der Vereinigten Staaten. Die Aussichten des Clydedistriktes für das kommende Jahr sind außerordentlich gut.“

Berlin, 30. Dezember 1912.

Max Schippel.

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Das Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes, „Der Grundstein“, gibt in seiner Nr. 52 des soeben beendeten Jahrganges einen recht lesenswerten Ausblick auf die Arbeiterbewegung im Baugewerbe. Das Blatt hofft, daß die Bauunternehmer die Anhebungsanträge von 1910 nicht wieder einbringen, da diese durch den damaligen Kampf entschieden wurden. Ihre Wiedereinbringung würde lediglich den Austrag der wirklichen Streitgegenstände stören, die in erster Linie eine Erhöhung der Löhne betreffen. Daneben fordere auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung für eine Anzahl größerer Orte immer gebieterischer ihre Lösung. Ueber die

Lohnfrage macht das Blatt einige interessante Ausführungen, die wir hier wiedergeben. Es schreibt:

„Der Arbeitgeberbund hat eine Bearbeitung der jetzt geltenden Tarifverträge veröffentlicht, eine fleißige und — wie uns nach flüchtiger Durchsicht scheint — wertvolle Arbeit. Wir wollen ihre Angaben zu einem allgemeinen Ueberblick über die Lohnneinkommen der Bauarbeiter benutzen.“

Die Löhne der Maurer sind darin für 905 Lohngebiete angegeben. Sie betragen für 527 oder 58 Proz. aller Lohngebiete 31 bis 50 Pf. Das bedeutet also, daß in der großen Hälfte aller Lohngebiete der durchschnittliche Jahresverdienst der Maurer zwischen 725,40 Mk. und 1170 Mk. beträgt. Was diese Zahlen bei den gegenwärtigen Preisen der Nahrungsmittel bedeuten, werden wir später sehen.

In 341 oder 37,6 Proz. aller Lohngebiete beträgt der Tariflohn der Maurer 51 bis 65 Pf. In mehr als einem Drittel aller Lohngebiete steht der durchschnittliche Jahresverdienst der Maurer also auf 1193,40 Mk. bis 1521 Mk.

In 37 Lohngebieten, das ist also in knapp 5 Proz. aller, stehen die Tariflöhne der Maurer auf 66 bis 85 Pf. Hier beträgt der durchschnittliche Jahresverdienst 1544,40 bis 1790,10 Mk.

Die Löhne der Zimmerer betragen in 457 Lohngebieten, das sind 57,5 Proz. aller, zwischen 31 bis 50 Pf., in 298 oder 37,5 Proz. aller Lohngebiete 51 bis 65 Pf. und in 39 Lohngebieten 66 bis 85 Pf.

Die Löhne der Bauhilfsarbeiter sind in 611 oder 89,3 Proz. aller Lohngebiete auf 25 bis 50 Pf. festgesetzt. Der durchschnittliche Jahresverdienst der Bauhilfsarbeiter beträgt also in fast neun Zehnteln aller Vertragsgebiete 585 Mk. bis 1170 Mk. In 71 oder 10,3 Proz. aller Lohngebiete stehen die Hilfsarbeiterlöhne auf 51 bis 65 Pf., in etwa einem Zehntel aller Lohngebiete erreichen die Hilfsarbeiter also durchschnittlich einen Jahresverdienst von 1193,40 bis 1521 Mk. Nur in zwei Lohngebieten sind die Tariflöhne der Hilfsarbeiter höher, in einem betragen sie 66, in einem anderen 70 Pf.“

Im Anschluß daran gibt der „Grundstein“ eine Darstellung der statistischen Untersuchungen Richard Calwers über die Bewegung der Lebensmittelpreise und kommt dabei zu folgenden Ergebnissen:

„Calwers Berechnungen reichen bis auf das Jahr 1896 zurück. Er berechnet den Wochenindex im Reichsdurchschnitt für 1896 auf 19,01 Mk., für 1905 auf 22,02 Mk., für Mitte 1912 auf 25,28 Mk. Wollen wir danach den Jahresindex, also die Summe finden, die eine Familie von zwei Erwachsenen und zwei Kindern in einem Jahre für Nahrungsmittel auswenden müßte, wenn sie sich so ernähren soll, wie es das Reich für die Soldaten seiner Marine für notwendig hält, so brauchen wir nur den zweiundfünzigfachen Betrag der Wochenindexziffer festzustellen. Der betrug im Jahre 1896 im Reichsdurchschnitt 988,52 Mk., um die Mitte des Jahres 1912 dagegen 1314,56 Mk. Also diesen Betrag müßte jede vierköpfige Familie im Jahre nur für Nahrungsmittel — wie immer berücksichtigt werden muß — auswenden, wenn sie sich nach den Regeln ernähren wollte, die das Reich von der Wissenschaft hat aufstellen lassen. Sollen wir erst noch beweisen, daß mindestens neun Zehntel aller deutschen Bauarbeiter davon absehen müssen, diesen Betrag für ihre und der Ihrigen Ernährung auszuwenden? Die Frage ist ja sehr einfach: neben den Nahrungsmitteln braucht die Familie eine Wohnung, sie braucht Heizung, Beleuchtung, sie muß Aufwendungen für den Hausstand machen, muß sich kleiden, muß Geld für Körperpflege, für ärztliche Hilfe, für Unterricht, Bil-

dung, Versicherung ausgeben, muß Steuern zahlen, und schließlich wird man auch Ausgaben für Vergnügen, für ein Theater, für einen Vortragsabend, für einen Ausgang ins Freie als zum Leben notwendig anerkennen müssen. Das alles muß von dem Verdienst bestritten werden. Da der Verdienst nicht ausreicht, so bleibt eben nur übrig, daß man an der Nahrung spart, daß sich der Arbeiter mit der Unterernährung abfindet und wenn irgend möglich Frau und Kinder auf Erwerb gehen läßt, womit dann diesem Bilde des Elends der letzte Strich gegeben wäre.“

Die große Unterschiedlichkeit der in den Tarifverträgen festgesetzten Löhne zeigt, daß in den Lebensbedingungen der Bauarbeiter sehr große Ungleichheiten bestehen. Daneben weicht auch die Summe, die für die Ernährung aufzuwenden ist, in den einzelnen Landesteilen und Städten manchmal stark voneinander ab. Am niedrigsten ist sie in der Provinz Westpreußen mit 1190,80 Mk., am höchsten in der Rheinprovinz mit 1400,88 Mk. Diese Ungleichheiten hier zu schildern, geht über den Rahmen dieser Arbeit hinaus. . . .

Nach dem, was uns diese Zahlen sagen, ist es erklärlich, wenn die Organisationen der Bauarbeiter bei der bevorstehenden Bewegung das größte Gewicht auf eine Erhöhung des Lohnes legen. Sie werden damit Anspruch auf die Zustimmung und Sympathie aller Kreise haben, denen die Hebung der Volkskultur am Herzen liegt. Gehören zu diesen Kreisen auch unsere Unternehmer? Werden sie soviel menschliches und soziales Verständnis für die Sorgen und Nöte der Bauarbeiter haben, um unseren Ansprüchen entgegenzukommen?

Von der Antwort auf diese Frage hängt Krieg und Frieden im Baugewerbe ab. Wir sind gerüstet.“

Die Urabstimmung im Zentralverein der Bildhauer über den Anschluß an den Holzarbeiterverband ergab folgendes Resultat: Von den abgegebenen Stimmen waren 1653 = 52 Proz. für und 1518 = 47,8 Proz. gegen den Anschluß. 5 enthielten sich der Abstimmung. Die einfache Mehrheit ist demnach für den Anschluß, da aber die Generalversammlung eine Zweidrittelmehrheit forderte, ist die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband auch diesmal abgelehnt worden. Bei der Urabstimmung im Jahre 1909 waren 57,1 Proz. der abgegebenen Stimmen gegen den Anschluß, während diesmal die Majorität eine entgegengesetzte war. Bedeutsam ist auch, daß die Beteiligung an der Urabstimmung gegenüber 1909 erheblich gestiegen ist. Damals beteiligten sich nur 72,6 Proz. der Mitglieder, diesmal dagegen 85,5-Proz. Die Zahl der Stimmen gegen den Anschluß an die Holzarbeiter ist von 1536 im Jahre 1909 auf 1518 diesmal zurückgegangen, während die Zahl der Stimmen für den Anschluß von 1142 auf 1653 gestiegen ist.

Der Buchbinderverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 32 526 Mitglieder gegen 31 641 am Schlusse des vorhergehenden Quartals. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug 16 107. Von den Ausgaben entfallen auf Arbeitslosenunterstützung 40 322 Mk., Krankenunterstützung 24 948 Mk. und auf Streiks und Lohnbewegungen 9 225 Mk. Der Bestand der Verbandskasse erhöhte sich um 41 001 Mk. auf 711 356 Mk.

Der Vorstand des Gastwirtsgehilfenverbandes hat den Genossen Poetsch mit der Abfassung einer Geschichte der Gastwirtsgehilfenbewegung betraut. Wer älteres Material über die Organisationsbestrebungen der Gastwirtschaftsangeestellten besitzt, wird gebeten, sich



folgenden Zahlen: 1903 gehörten der Tarifgemeinschaft 75 Firmen mit 1006 Gehilfen an, 1908 142 Firmen und 2239 Gehilfen, 1909 142 Firmen und 2511 Gehilfen, 1910 151 Firmen und im Oktober 1912 155 Firmen und rund 2800 Gehilfen, von denen gegen 2600 Chemigraphen und 200 Kupferdrucker waren; inzwischen ist die Zahl der Firmen auf 158 gestiegen. Der Berichtersteller behandelte eingehend alle schwebenden Berufs- und Tariffragen. Sein Bericht wurde durch die Berichte der Kreis- und Ortsvertreter noch ergänzt und das Bild von der Situation im Gewerbe und in der Tarifgemeinschaft vervollständigt.

Die Berichterstattung bildete die Grundlage für die Verhandlungen über die Tarifgemeinschaft. Der Referent zu diesem Punkte schilderte eingehend die im Jahre 1903 für den Abschluß des Tarifs auf der heute noch geltenden Grundlage maßgebend gewesenen Gründe, die Tarifierneuerung vom Jahre 1908 und die Entwicklung der Tarifgemeinschaft während der beiden Tarifperioden. Mit ihm erklärte sich auch die Konferenz einstimmig prinzipiell für die Erneuerung bzw. Verlängerung der Tarifgemeinschaft bei der nächstjährigen Tarifrevision unter der Voraussetzung, daß den berechtigten Wünschen der Gehilfenchaft dabei in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird. Alle geltend gemachten Wünsche, die sich durchweg auf Punkte beziehen, bezüglich deren sich die Notwendigkeit einer Regelung im Laufe der Tarifaufdauer erwiesen hat, sollen von der Generalkommission in geeigneter Weise bearbeitet, formuliert und rechtzeitig als Forderungen eingereicht werden.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz auch eingehend mit den von den Unternehmern zum Neuaufschluß zu erwartenden Wünschen und Forderungen, soweit sie schon an die Öffentlichkeit gelangt sind. In erster Linie kam dabei der anmaßende Einspruch der Unternehmer gegen die Haltung des Verbandsorgans der Gehilfen, der „Graphischen Presse“, zur Erörterung mit dem Resultat, daß die Konferenz die Haltung der „Graphischen Presse“ einmütig im ganzen Umfang billigte und den Standpunkt vertrat, daß alle Versuche der Unternehmer, diese Haltung in irgendeiner Weise zu beeinflussen, ganz entschieden zurückzuweisen sind. — Auch gegen die Lehrlingsabteilung der Gehilfenorganisation haben die Unternehmer mehrfach Stellung genommen. Die Konferenz vertrat hierzu den Standpunkt, daß diesen Unternehmerforderungen, die darauf hinauslaufen, unter den Chemigraphenlehrlingen die Werbearbeit für diese bewährte Einrichtung des Gehilfenverbandes einzustellen, unter allen Umständen entschieden entgegengetreten werden muß. Die ganze Aussprache über die bevorstehende Tarifrevision führte zu einer vollen Einmütigkeit der Auffassung über die zu unternehmenden Schritte.

Im Anschluß an eine eingehende Aussprache über die neueste Entwicklung der Reproduktionstechnik, wobei hauptsächlich das neue Kupfertiefdruckverfahren für Rotationsdruck zur Herstellung illustrierter Zeitungen ausgiebig erörtert wurde, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Chemigraphenkonferenz in Jena gibt nach eingehender Beratung der Ueberzeugung Ausdruck, daß die neuen Wertens-, Rotophot- und ähnlichen Verfahren eine Weiterentwicklung des Tiefdrucks sind, wie dies schon die Mezzotint- und Heliotintpressen und überhaupt die Heliographie darstellen. Die neuen Erfindungen können von einschneidender und unwägbare Bedeutung für das ganze Illustrationswesen

werden. Nach den bereits gewonnenen Erfahrungen werden hierdurch in erster und stärkster Weise die Chemigraphie und der Kupferdruck betroffen werden. Ihrer ganzen Gestaltung nach basieren diese Erfindungen auf der Vereinfachung der photomechanischen Gewerbe. In der Erwägung aber, daß durch diese Verfahren nicht nur die angezogenen Gewerbe, sondern auch das Druckwesen überhaupt stark betroffen und in Mitleidenschaft gezogen werden kann, läßt sich diese Frage noch nicht generell erledigen, sondern müssen weitere Erfahrungen abgewartet und gesammelt werden. Soweit diese neuen Verfahren jedoch den Photographie-, Kopier- und Negprozeß betreffen, geschehen dieselben auf rein chemigraphischer Grundlage und die Chemigraphen und Kupferdrucker reklamieren deshalb insoweit dieses Gewerbe und die Besetzung der hierfür in Betracht kommenden Posten mit aller Entschiedenheit für sich. Die Bedienung der Pressen darf nur durch gelernte Kupfer-, Stein-, Licht- und Buchdrucker erfolgen. Die weitere Behandlung der ganzen Angelegenheit wird der Generalkommission der Chemigraphen und Kupferdrucker übertragen, die mit den Generalkommissionen unserer anderen Verbandsgruppen in Verbindung zu treten hat.“

Zum Schluß wurde noch die Aenderung der Auskunftsarte für Stellungsuchende Gehilfen, die ärztliche Untersuchung neuzinzustellender Lehrlinge, die engere Verbindung der Arbeitnachweise usw. erörtert, worauf die von einheitlichem Willen und Handeln belebte Konferenz geschlossen wurde.

**Die 32. Jahresversammlung des Amerikanischen Arbeiterbundes (American Federation of Labor)** tagte vom 11.—23. November 1912 in der Konventionshalle zu Rochester im Staat New York. In der Eröffnungsitzung hielten Ansprachen: Der Vorsitzende des Localcomités A. H. Curran, Bürgermeister S. S. Edgerton, der Direktor des New Yorker Arbeitsamts, J. Williams, sowie der Vorsitzende des Staatsverbandes der New Yorker Gewerkschaften, D. Harris. Präsident Samuel Gompers erwiderte auf die Ansprachen. Es waren 355 Delegierte anwesend, darunter 9 Gegenseitigkeitsdelegaten (2 britische, 1 kanadische, 2 von Frauen- und 4 von kirchlichen Organisationen.) Die Delegierten vertraten 85 Verbände, 19 Localvereine, 75 Gewerkschaftskartelle und 30 Staatszentralen von Gewerkschaften. Die Mandate der Vertreter von zwei Verbänden und zwei Gewerkschaftskartellen wurden beantragt. Gegen die Zulassung der Delegierten des Kristallglasarbeiterverbandes protestierte — wegen einer kleinlichen Grenzstreitigkeit — der Verband der Maschinenbauer, und gegen die Zulassung der Delegierten der Dampf- und Heißwasserinstallateure erhob der Verband der Gas- und Dampfinstallateure Einspruch.

Am Nachmittag wurden die verschiedenen vorkonferentiellen Ausschüsse eingesetzt und die Jahresberichte des Präsidenten, Sekretärs und Schatzmeisters verlesen.

Samuel Gompers bemerkt in der Einleitung seines Berichts, daß der Kampf der Arbeiterklasse um wirtschaftliche Besserstellung ein Faktor des allgemeinen menschlichen Fortschritts ist; denn die Befreiung der Not und der Ueberspannung der Kräfte werden nun auch schon von der Wissenschaft als von fundamentaler Bedeutung für die Verhütung der Entartung anerkannt. Unter all den Organisationen, die in Amerika für die Hebung der Masse des Volkes wirken, steht der Arbeiterbund an erster

mit Hugo Boehsch, Berlin N., Große Hamburger Straße 18/19, in Verbindung zu setzen.

Der Gemeindegewerkschaftsverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 50 280 Mitglieder gegen 49 773 im vorhergehenden Quartal. Von den Ausgaben entfielen auf Arbeitslosenunterstützung 3267 Mk., Krankenunterstützung 39 178 Mk., Sterbegeld 11 414 Mk., Agitation 23 730 Mk., Lohnbewegungen 2114 Mk. und auf Streiks 5272 Mk. Der Kassenbestand betrug 769 583 Mk., davon 287 051 Mk. Bestände der Filialen.

Die Mitgliederzahl des Holzarbeiterverbandes betrug am Schluß des 3. Quartals 195 659, davon 6977 weibliche Mitglieder. Die Zunahme beträgt gegenüber dem vorhergehenden Quartal 4873 und gegen das gleiche Quartal des Vorjahres 16 251. Von den Ausgaben entfielen auf Reiseunterstützung 35 539 Mk., Arbeitslosenunterstützung 181 147 Mk. und auf Krankenunterstützung 176 619 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 6 558 454 Mk., davon 2 258 221 Mk. in den Lokalkassen.

Die Kürschner zählten am Schlusse des dritten Quartals 3766 Mitglieder, darunter 1196 weibliche. Das Vermögen betrug 43 408 Mk., davon 8629 Mark in den Lokalkassen.

Der Lagerhalterverband ist am 31. Dezember zum Verbands der Handlungsgehilfen übergetreten. Die „Lagerhalterzeitung“ erscheint ab 1. Januar im Verlage des Handlungsgehilfenverbandes 14tägig unter dem Titel „Der Filialleiter“. In ihrem „Rückblick und Ausblick“ in der Nr. 24 des soeben beendeten Jahrgangs schreibt sie u. a. folgendes:

„Die Verschärfung der Klassengegensätze war die Ursache, weshalb sich die Gewerkschaften immer enger zusammenschlossen. Nicht eine Modekrankheit war deshalb auch die Veranlassung für den Lagerhalterverband, sich mit dem Handlungsgehilfenverband zu vereinigen, sondern eine durch die Entwicklung hervorgerufene Notwendigkeit. Denn den Handelsangestellten stehen ebenfalls die gut organisierten Vertreter des Handelskapitals gegenüber, und alle Mittel müssen deshalb in Anwendung gebracht werden, die Position der Handelsangestellten zu stärken. Das wird unzweifelhaft durch die Vereinigung geschehen. Nicht allein, daß die gewerkschaftliche Organisation der Handelsangestellten einen Zuwachs von über 3000 Mitgliedern erhält, es sind auch Mitglieder, die im Gewerkschaftskampf geküßt sind, Bundesgenossen, wie so leicht nicht fahnenflüchtig werden. Die jetzt im Lagerhalterverband organisierten Mitglieder, die am 1. Januar 1913 zum Handlungsgehilfenverband übertraten, brauchen nicht, wie jene wankelmütigen Elemente in der bürgerlichen Handlungsgehilfenbewegung, durch rigorose Maßnahmen an den Verband gefesselt zu werden. Nachdem die Würfel in Wien gefallen sind, reihen sie sich ein in das Kampfheer der Handelsangestellten, denn wir sind fest überzeugt, daß kein einziges Mitglied unseres Verbandes den Rücken zu spielen wird, sondern daß alle mit dem festen Willen am 1. Januar 1913 zum Centralverband der Handlungsgehilfen übertraten, die Lage der im privaten Handel Beschäftigten zu heben und somit auch die Bahn freizumachen für einen weiteren sozialen Aufstieg der Genossenschaftsangestellten.“

Der Verband der Maler veranlagte im 3. Quartal für Streikunterstützung 15 664 Mk. und für Krankenunterstützung 52 798 Mk. Die Einnahmen überstiegen im Quartal die Ausgaben mit 237 589 Mk. Die Mitgliederzahl betrug 53 418.

Zwischen den Vorständen der Verbände der Schiffszimmerer, Metall-

arbeiter und Holzarbeiter hat am 21. November in Hamburg eine Konferenz stattgefunden, um zu der Frage des Anschlusses des Schiffszimmererverbandes an einen der beiden letztgenannten Verbände Stellung zu nehmen. Die Berliner Generalversammlung des Schiffszimmererverbandes hatte sich seinerzeit mit der Angelegenheit befaßt und den Vorstand beauftragt, mit den Metallarbeitern und Holzarbeitern Rücksprache in der Frage zu nehmen. Das ist in obiger Konferenz geschehen. Nach der stattgefundenen Aussprache wurden folgende Erklärungen zu Protokoll gegeben:

1. „Der Vorstand des Verbandes der Schiffszimmerer erklärt, daß er nach Lage der Dinge nur den geschlossenen Anschluß unseres Verbandes an den Holzarbeiterverband empfehlen kann, weil die meisten unserer Mitglieder nur in Holz arbeiten und aus taktischen Gründen eine Spaltung in Holz- und Metallarbeiter nicht erwünscht ist. Mit der Absicht der Vorstände des Holz- und Metallarbeiterverbandes, nach erfolgtem Uebertritt unseres Verbandes eine Regelung der Zugehörigkeit ihrer Mitglieder nach ihrer vornehmlichen oder ausschließlichen Beschäftigung vorzunehmen, erklären wir uns einverstanden.“

Hamburg, 21. November 1912.

H. Allers. C. Wichers. D. Ziehl. D. Baumgarte.  
R. Jandrey.“

2. „Die Vertreter der Vorstände des Deutschen Holz- und des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind der Meinung, daß der Uebertritt des Verbandes der Schiffszimmerer am besten in der Weise erfolgt, daß die Mitglieder je nach ihrer vorwiegenden Beschäftigung zu den zuständigen Industrieverbänden übertraten.“

Sollte das nicht möglich sein und seitens des Verbandes der Schiffszimmerer auf dem geschlossenen Uebertritt zu einem Verbandsbestanden werden, so soll hierfür nur der Deutsche Holzarbeiterverband in Betracht kommen. Zwischen diesem und dem Deutschen Metallarbeiterverband wird innerhalb eines Jahres nach erfolgtem Uebertritt eine Verständigung über die Verbandszugehörigkeit nach der vornehmlichen oder ausschließlichen Beschäftigung der Mitglieder beider Verbände stattfinden.“

Hamburg, 21. November 1912.

A. Schilde. G. Reichel. Th. Leipart. A. Neumann.“

Das vollständige Protokoll der Sitzung ist in Nr. 26 des „Schiffszimmerer“ (Jahrgang 1912) veröffentlicht worden.

Eine Lehrlingsabteilung mit einem Wochenbeitrag von 10 Pf. ist am 1. Januar im Verbands der Schneider und Schneiderinnen errichtet worden.

## Kongresse.

### Eine Chemigraphen-Konferenz.

die sich hauptsächlich mit dem im Jahre 1913 erfolgenden Ablauf der Tarifgemeinschaft für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker und der Frage der Tarifierneuerung zu beschäftigen hatten, fand am 1. und 2. Dezember im Gewerkschaftshaus zu Jena statt.

Aus dem Bericht der Generalkommission der Chemigraphen und Kupferdrucker ging hervor, daß sie ständig in engerer Fühlung mit dem Hauptvorstande des Verbandes der Lithographen, Steindruckern u. verw. Berufe, dem die Chemigraphen und Kupferdrucker bekanntlich angeschlossen sind, und mit dem Tarifamt gestanden hat. Die Entwicklung der Tarifgemeinschaft und des Berufs ergibt sich aus

Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder, für welche die angeschlossenen Organisationen volle Jahresbeiträge entrichteten, war 1912: 1 770 145, gegen 1 761 835 1911, 1 562 112 1910, 1 482 872 1909 usw.

Außer den Verbänden und Lokalvereinen gehörten im September 1912 dem Arbeiterbund noch an: 5 Zweigverbände („Departments“), 41 Staatskartelle und 560 Ortskartelle von Gewerkschaften.

Neu angeschlossenen haben sich 1912 dem Arbeiterbund die kleinen Verbände der Diamantarbeiter (Diamond Workers' Protective Union of America) und der Eisenbahn-Expresboten (Brotherhood of Railway Express Messengers of America). Ausgeschlossen sind drei Verbände, und zwar ein Verband der Eisenbahnwerstattarbeiter (International Association of Car Workers, 7500 Mitglieder), der Verband der Dampf- und Heißwasserinstallateure (International Association of Steam Hot Water and Power Pipe Fitters, 6500 Mitglieder) und der amerikanische Distriktsverband der britischen Zimmerer und Bautischler (7878 Mitglieder). Der Verband der Holzarbeiter (Wood Workers' International Union), der nur noch 2919 Mitglieder hatte, verschmolz sich mit dem amerikanischen Zimmerer- und Bautischlerverband.

Die Mehrzahl der Verbände haben nur einige tausend Mitglieder und bei 24 „Verbänden“ bleibt die Mitgliederzahl sogar unter 1000 zurück. Es wäre höchste Zeit, wenn sich diese mit Organisationen verwandter Berufe verschmelzen würden, denn selbst wenn man nicht Anhänger des Systems der Industrieorganisationen ist, muß man zugeben, daß Verbänden keine Daseinsberechtigung haben, die ihre Mitgliederzahl jahrelang nicht über einige Hundert hinausbringen können. Sie sind wirtschaftlich ohnmächtig und die meisten von ihnen pflegen auch keine andere als die Sterbegeldunterstützung.

Für mindestens 50 000 Mitglieder zahlten 1912 folgende 9 Verbände volle Jahresbeiträge an den Arbeiterbund: Kohlenbergarbeiter 267 000; Zimmerer und Tischler 192 300; Maler und Dekorateurs 68 500; Maschinenbauer 59 800; Frauenkleidermacher 58 400; Schriftsetzer 54 700; Erzbergarbeiter 50 600; Gießer und Müller (je 50 000). Bei den Müllern ist jedoch die Mitgliederzahl gar nicht feststellbar, weil Ortsgruppen mit weniger als je 100 Mitgliedern — und das sind die meisten — an die Verbandskasse den gleichen Pauschalbeitrag zu leisten haben — ob ihre tatsächliche Mitgliederzahl nun 10 oder 99 beträgt.

Mindestens für 10 000, aber für weniger als 50 000 Mitglieder, entrichteten volle Jahresbeiträge folgende 31 Verbände:

	Mitglieder
Hotel- und Restaurantbedienstete . . . . .	47 600
Konfektionskleidermacher . . . . .	46 400
Brauereiarbeiter . . . . .	45 000
Zigarrenmacher . . . . .	41 500
Kutscher, Chauffeure usw. . . . .	41 500
Straßenbahner . . . . .	40 200
Schuhmacher . . . . .	33 300
Friseure . . . . .	29 900
Eisenbahnwerkstättenarbeiter . . . . .	28 700
Gas- und Dampfinstallateure . . . . .	26 000
Eisenbahntelegraphisten . . . . .	25 000
Dockarbeiter . . . . .	23 500
Buchdruckmaschinenmeister und Hilfsarbeiter . . . . .	19 000
Elektrizitätsarbeiter . . . . .	19 600
Betriebsmaschinenisten . . . . .	17 700
Steffelschmiede und Schiffbauer . . . . .	16 700
Spengler . . . . .	16 300

	Mitglieder
Seelente . . . . .	16 000
Sanittateure . . . . .	15 000
Bindungsgehilfen . . . . .	15 000
Bäcker und Konditoren . . . . .	14 600
Granithauer . . . . .	13 500
Bauhilfsarbeiter . . . . .	12 500
Maßschneidergehilfen . . . . .	12 000
Betriebsheizer . . . . .	11 400
Bühnenarbeiter . . . . .	11 000
Schauspieler . . . . .	11 000
Regularbeiter . . . . .	10 900
Metallpolierer, -drücker und Plattierer . . . . .	10 000
Brücken- und Eisenbauarbeiter . . . . .	10 000
Glasflächennmacher . . . . .	10 000

Mindestens 1000, aber weniger als 10 000 Mitglieder hatten 48 Verbände.

Die Veränderungen der Mitgliederzahlen waren in der Regel gering.

Ueber Arbeitskämpfe berichteten an den Sekretär des Arbeiterbundes 64 Verbände und einige Lokalvereine. Diese Organisationen gaben an, daß sie insgesamt 716 Streiks und Aussperrungen zu bestehen hatten, an welchen 73 069 Arbeiter beteiligt waren. Mit vollständigem Erfolg endeten 378 Streiks usw., mit teilweisem Erfolg 58, ohne Erfolg 61 und die übrigen waren bei Berichtschluß noch unbeeendet. An den erfolglosen Ausständen waren 6177 Arbeiter beteiligt, wogegen durch die erfolgreichen Ausstände für 200 302 Personen Vorteile erzielt wurden. Die Ausstände im eigenen Verufe erforderten 1 986 263 Dollar und zur Unterstützung von Ausständen anderer Organisationen wurden 156 890 Dollar aufgewendet.

Morrison bemerkt, daß nur wenige Verbände die Mittel zur Führung einer vollständigen Statistik der Arbeitskämpfe haben. In vielen Fällen unterlassen es die Ortsgruppen, den Verbandscentralen genaue Angaben über die Ausstände und die Erfolge zu machen. Zudem werden die Gelder der Organisationen für wichtigere Zwecke benötigt, als zur Führung von Statistiken. Der Berichtersteller ist jedoch der Ansicht, daß nur ganz geringe Mehrkosten verursacht würden, wenn man vollständige und richtige Statistiken aufstellt.

Ueber den Umfang der im Verwaltungsjahr 1912 erzielten wirtschaftlichen Erfolge berichteten 48 Verbände; sie erlangten Arbeitszeitverkürzungen im jährlichen Ausmaß von 21 113 093 Stunden und Lohnerhöhungen im jährlichen Betrag von 30 188 089 Dollar. Die Lohnerhöhungen machten aus: Bei den Kohlenbergarbeitern 8 000 000 Dollar, bei den Erzbergarbeitern 3 244 500 Dollar, bei den Schuhmachern 2 200 000 Dollar, bei den Eisenbahnoberbauarbeitern 2 000 000 Dollar, bei den Straßenbahnern 1 777 370 Dollar, bei den Malern 1 750 000 Dollar, bei den Frauenkleidern 1 092 000 Dollar, bei den Granithauern 1 012 500 Dollar usw. Selbstverständlich sind die auffällig runden Zahlen mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Von den 68 Verbänden, die Angaben über das Unterstützungswesen machten, verausgabten 61 für Unterstützung beim Ableben von Mitgliedern 1 643 917 Dollar, 8 für Unterstützung beim Ableben von Ehefrauen 56 550 Dollar, 26 für Krankenunterstützung 788 166 Dollar, 3 für Reiseunterstützung 39 768 Dollar, 5 für Arbeitslosenunterstützung 214 030 Dollar und zwei für Werkzeugversicherung 1984 Dollar. Von den 5 Organisationen, bei welchen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung verzeichnet

Stelle; er hat mit seinen alten bewährten Grundrissen schon viel Erfolg gehabt. Auch auf politischem Gebiete hat er jede Gelegenheit ausgenutzt, und oft die Gelegenheit geschaffen, um greifbare Erfolge zu erzielen. Auf die Mittel wurde dabei weniger gesehen, als darauf, das Ziel wirklich zu erreichen. Der Arbeiterbund strebt besonders die Gesetzgebung durch das Volk an, Initiative und Referendum; denn nur mit diesem System, in Verbindung mit einer gut organisierten Arbeiterbewegung, läßt sich wahre Demokratie herbeiführen. Die Notwendigkeit der politischen Aufklärung der Massen ist jedoch noch größer als die Notwendigkeit neuer politischer Methoden.

Die Gewerkschaftsbewegung machte im letzten Jahr überall Fortschritte; nicht nur in den Vereinigten Staaten selbst, sondern auch in Kanada und in dem Territorium Porto Rico. Für die Bevölkerung Porto Ricos wird die amerikanische Staatsbürgerschaft gefordert.

Innerhalb des Arbeiterbundes bestehen nun fünf Zweckverbände (sogenannte „Departments“) von Gewerkschaften, und zwar für die Organisationen der Bauarbeiter (476 238 Mitglieder), Metallarbeiter (214 468 Mitglieder), Bergarbeiter und Eisenbahner, sowie für alle die Gewerkschaften, welche Trade Union Labels oder Gewerkschaftsmarken anwenden. Die eben erwähnten Marken dienen zur Bezeichnung der von organisierten Arbeitern hergestellten Waren. Sie sollen es den organisierten Arbeitern ermöglichen, sich durch Bevorzugung von Waren, die solche Marken tragen, gegenseitig zu unterstützen. Im Verwaltungsjahre 1912 verbrauchten Gewerkschaftsmarken: Die Bäcker und Konditoren 555 Millionen Stück, die Tabakarbeiter 409 Millionen, die Zigarrenmacher 29 Millionen, die Konfektionskleidermacher 45 Millionen, die Brauereiarbeiter 44 Millionen, die Tuchhut- und Kappenmacher 5 Millionen Stück usw.

Ein Abschnitt von Gompers' Bericht ist dem Besuche des internationalen Gewerkschaftssekretärs, Gen. Legien, gewidmet, der die Vereinigten Staaten auf Einladung des Arbeiterbundes und der Socialist Party besuchte. Solchen gegenseitigen Besuchen mißt Gompers großen Wert bei, weil sie geeignet sind, besser über die Zustände und Probleme der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern aufzuklären, als Korrespondenzen, die oft zu Mißverständnissen führen. Der Jahresversammlung empfahl Gompers, das internationale Gewerkschaftssekretariat einzuladen, die im Jahre 1915 stattfindende internationale Gewerkschaftskonferenz in San Franzisko abzuhalten, wo anlässlich der Eröffnung des Panamakanals eine Ausstellung veranstaltet wird.

Der amerikanische Arbeiterbund hat eine Kampagne eingeleitet, um die Eisen- und Stahlwerksarbeiter zu organisieren; diese Arbeiter sind meist Einwanderer aus Europa, deren Verhältnisse sehr schlecht sind, ganz besonders in den Betrieben des Stahltrüts. Auch der Organisation der Wanderarbeiter wurde Aufmerksamkeit zugewendet.

Die vorhergegangene Jahresversammlung des Arbeiterbundes zu Atlanta hatte den Vorstand des Arbeiterbundes beauftragt, die Richtigkeit der Ausdehnung des Bundesgesetzes über Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten im Eisenbahnbetriebe auf alle von den Eisenbahngesellschaften beschäftigten Arbeiter zu prüfen; jetzt gilt das Gesetz nur für das Zugpersonal. Der Vorstand kam zu dem Entschluß,

daß eine solche Ausdehnung nicht ratsam sei, denn sie könnte der Anfang zu zwangsweiser Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten sein und das sei auch der Anfang der Sklaverei. Um diesen Preis will sich der Arbeiterbund den gewerblichen Frieden nicht erkaufen.

Der „Arbeiter Sonntag“ ist nun in den Vereinigten Staaten und Porto Rico zu einer feststehenden Einrichtung geworden.

Das Bundesparlament nahm in der letzten Legislaturperiode mehrere Arbeiterschutzesetze an, was Gompers auf die politische Aktivität der Gewerkschaften zurückführt; denn erstens war das Eingreifen der Arbeiterorganisationen bei den Wahlen von 1910 zum großen Teil für die Aenderung in der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses verantwortlich — die Verwandlung der republikanischen Mehrheit in eine Minderheit — und zweitens gelang es, die Wahl von 15 Gewerkschaftern durchzusetzen, die im Interesse der Arbeiterschutzesgesetzgebung wirkten. Das neue Achtstundengesetz führt die täglich achtstündige Arbeitszeit für alle bei Arbeiten der Bundesregierung beschäftigten Personen ein; bisher erfreuten sich nur die direkt von der Regierung beschäftigten Arbeiter des Achtstundentages, nun gilt er auch für die Arbeiter bei den an Privatunternehmer vergebenen Regierungsarbeiten. Außerdem kamen in der letzten Legislaturperiode Gesetze zustande betreffend den Achtstundentag für die Briefträger; die Errichtung eines Bureaus für Kinderschutz; die Einföhrung einer Kommission zur Untersuchung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern; ermäßigte Portofakts für Gewerkschaftsblätter; die Unfallentschädigung der Arbeiter in Regierungsbetrieben; das Vereins- und Petitionsrecht der Postbediensteten; das Verbot der Erzeugung von Phosphorzündhölzern usw. Eine größere Anzahl von Gesetzen, für die der Arbeiterbund eintrat, war bei Sessionschluß noch unerledigt, darunter auch das Gesetz zur weiteren Beschränkung der Einwanderung, sowie das Gesetz zur Einschränkung der gerichtlichen Eingriffe bei Arbeitsstreitigkeiten. Angenommen wurde ein Gesetz betreffend die Wahl der Bundesessenatoren durch das Volk; um wirksam zu werden, bedarf es aber noch der Zustimmung der Parlamente von drei Vierteln aller Einzelstaaten.

Das Gesetz über die Entschädigung von Betriebsunfällen im zwischenstaatlichen Eisenbahnverkehr wurde am 15. Januar 1912 vom obersten Bundesgericht einstimmig als verfassungsmäßig anerkannt; alle Einsprüche der Eisenbahngesellschaften wurden verworfen.

Die einzelstaatlichen Legislaturen erließen eine Reihe von Arbeiterschutzesetzen, darunter auch solche betreffend Unfallentschädigung und Verhütung von Unfällen und Berufsfrankheiten.

Frank Morrison, der Sekretär des Arbeiterbundes, berichtet, daß die Mitgliederzahl der dem Bunde angeschlossenen Gewerkschaften zu Ende des Verwaltungsjahres 1912 (September) 1 841 268 betrug; sie verteilte sich auf 112 Centralverbände mit 20 964 Ortsgruppen und 590 selbständige Lokalvereine. Im September 1911 betrug die Mitgliederzahl 1 763 614 und im September 1910 waren 1 639 876 Mitglieder vorhanden. Die Zunahme belief sich 1912 auf 77 654\* und 1911 auf 123 738

\* Morrison gibt für 1912 eine Zunahme um 72 654 Mitglieder an; das stimmt nicht, denn in seinem Berichte von 1911 ist die Mitgliederzahl pro September mit 1 763 614 bezeichnet.

kongress; die Konservierung der Naturschätze; die Einführung eines „Mutter-Sonntags“ usw. — Der bekannte Kamara-Fall wird nochmals sehr ausführlich erörtert, wobei der Exekutivausschuss jede Gewalttätigkeit im Verlauf von Arbeitskämpfen entschieden verurteilt.

Eine Anfrage des Exekutivausschusses über die Methode der Wahl der Centralvorstände beantworteten 109 Verbandsleitungen; in 34 Verbänden werden die Vorstandsmitglieder durch Abstimmung gewählt und in 75 Verbänden geschieht die Wahl auf den Verbandstagen. Für die Erwählung des Vorstandes des Arbeiterbundes durch Abstimmung sprachen sich 23 Verbände mit 508 116 Mitgliedern aus; gegen dieses System sind 52 Verbände mit 890 240 Mitgliedern. Die übrigen Verbände haben sich der Stellungnahme in der Frage der Art der Berufung der Vorstandsmitglieder des Arbeiterbundes enthalten. (Schluß folgt.)

F.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

In München fanden am 29. Dezember unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsdirektors Dr. Brenner Vorverhandlungen behufs Abschlusses eines Reichstarifvertrages für das deutsche Baugewerbe statt. Bei der Besprechung der Sache ergab sich folgendes: Sämtliche Vertragssteile stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt des Tarifvertrages, den sie als zurzeit zweckmäßigste Form der Regelung des Arbeitsverhältnisses ansehen. Sämtliche Parteien wünschen auch unter Ausschaltung eines Kampfes wiederum zu einem Tarifvertragsabschluß zu gelangen. Allseits besteht indes die Auffassung, daß der bisherige Vertrag im Vollzuge eine Reihe von Mängeln gezeigt hat, die in einem zukünftigen Vertrage behoben werden sollen. So soll insbesondere größere Klarheit über die Akkordarbeit, über den Arbeitsnachweis, über den persönlichen und sachlichen Geltungsbereich des Vertrages sowie über die tariflichen Instanzen geschaffen werden.

Von Seiten der Arbeiterverbände wird als prinzipielle Forderung eine Erklärung des Arbeitgeberbundes verlangt, daß eine allgemeine Lohnerhöhung garantiert wird, das heißt, es sollen die Bezirks- bzw. örtlichen Verbände angewiesen werden, über Lohnerhöhungen zu verhandeln und eine solche zu bewilligen. Sodann sollen die Hemmungen gegenüber dem Verlangen der Arbeiterorganisationen auf Verkürzung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Gewährung eines Lohnausgleichs beseitigt werden. Ferner sollen vorerst örtliche Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit stattfinden und soll erst danach in die Beratung und Festlegung des Hauptvertrages und des Vertragsmusters eingetreten werden.

Demgegenüber erklärten die Vertreter des Arbeitgeberbundes folgendes: „Sollten sich die Bezirksvertretungen der Arbeitnehmerorganisationen auf örtliche Lohnerhöhungen einigen, so will die Bundesleitung dem nicht entgegenstehen. Der Arbeitgeberbund ist jedoch nicht in der Lage, die verlangte Garantie für eine allgemeine Lohnerhöhung zu übernehmen, kann auch keine allgemeine Anweisung auf Lohnerhöhung geben. Um Verhandlungen in den Bezirken überhaupt zu ermöglichen, hält es der Arbeitgeberbund für unerlässlich, daß der Hauptvertrag ein-

schließlich des Vertragsmusters zwischen den Centralverbänden vorher festgestellt wird. Sollten sich der Vereinbarung des Hauptvertrages und des Vertragsmusters unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, so ist der Arbeitgeberbund bereit, den jetzigen Vertrag bis zum 31. März 1916 unverändert zu verlängern.“

Ferner wird vom Arbeitgeberbund die Einbeziehung der Betonarbeiter in den Tarifvertrag gefordert, wozu die Arbeiterverbände keine endgültige Stellung einnehmen können.

Sämtliche Parteien halten an diesen ihren Erklärungen fest. Die Vertreter der Arbeiterverbände erklären schließlich, daß sie auf weitere Verhandlungen über den gesamten Inhalt des Hauptvertrages und des Vertragsmusters noch nicht vorbereitet seien und daher hierüber heute nicht verhandeln könnten.

Hierauf wurden die Verhandlungen in allseitigem Einverständnis auf den 21. bzw. 22. Januar 1913 vertagt. Die Verhandlung soll in Berlin wiederum unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Brenner stattfinden.

## Arbeiterversicherung.

### Der Ausfall der Angestelltenversicherungs- wahlen.

Die erste Etappe der Wahlen zur Angestelltenversicherung ist abgeschlossen. Die Vertrauensmänner, die die weiteren Wahlen zu den Versicherungsbehörden: den Rentenausschüssen, dem Schiedsgericht, dem Uberschiedsgericht und dem Verwaltungsrat vorzunehmen haben, sind gewählt. Es waren insgesamt etwa 10 000 Vertrauensmänner, und zwar für jeden Kreis einer unteren Verwaltungsbehörde je drei Vertrauensmänner und sechs Ersatzmänner durch die Arbeitgeber und durch die versicherten Angestellten zu wählen. Wohnen in einem Wahlkreise mehr als zehntausend Angestellte, so kann die oberste Verwaltungsbehörde für jede angefangenen weiteren Zehntausend die Zahl der Vertrauensmänner um je einen erhöhen. Auf Grund dieser Bestimmung wurde die Zahl der Vertrauensmänner zum Beispiel für Berlin auf je 19, für Hamburg auf je 10, für einige andere Städte auf je 7 und für Frankfurt a. M. auf je 6 festgelegt. Da die Zahl der ländlichen Wahlkreise eine sehr große ist — die Gesamtzahl der Wahlkreise ist etwa 1300 —, entfällt auf diese Kreise, in denen nur ein kleiner Teil der Angestellten wohnt, eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Vertrauensmännern. Der Einfluß der Versicherten auf die Zusammensetzung der Versicherungsbehörden wird also nicht durch das indirekte Wahlverfahren, sondern auch durch die ungerechte Wahlkreiseinteilung bedeutend herabgemindert. So weit sich heute übersehen läßt, ist es in Hunderten von ländlichen Wahlkreisen zu einer Wahl überhaupt nicht gekommen. Hier werden die Regierungsbehörden jetzt wohl die Vertrauensmänner der Angestellten ernennen. Daß sie hierbei Personen herausgreifen, die sich nicht darauf beschränken, zu allen Maßnahmen der Regierungsvertreter und Unternehmer, in den Versicherungsbehörden Ja und Amen zu sagen, ist nicht anzunehmen. So wird die sowieso arg beschnittene Selbstverwaltung in dieser Versicherung direkt zu einer Farce.

Trotzdem ist der Wahlkampf, der um die Besetzung der Vertrauensmännerposten geführt worden ist, von eminenter Bedeutung gewesen. Er bot die

sind, hat nur der Zigarrenmacherverband diese Unterstützung statutarisch eingeführt. Bei den Siebfern sind 10 972 Dollar als Arbeitslosenunterstützung ausgewiesen. Das ist aber weiter nichts als die Summe der Verbandsbeiträge, die zu zahlen den Mitgliedern in der Zeit der Arbeitslosigkeit erlassen wurde. Die höchsten Ausgaben für Arbeitslose, nämlich 164 747 Dollar, sind beim Verband der Glasflaschenmacher verzeichnet.

Die berichtenden Lokalvereine verausgabten für Sterbegeld 5267 Dollar, Krankengeld 5090 Dollar, Reiseunterstützung 803 Dollar, Arbeitslosenunterstützung 1369 Dollar und für Werkzeugversicherung 219 Dollar.

Die selbstständigen Lokalvereine haben einen gemeinsamen Widerstandsfonds, den der Arbeiterbund verwaltet. Im Verwaltungsjahr 1912 betrugen die Einnahmen dieses Fonds 19 336 Dollar und seine Ausgaben 67 455 Dollar, der Bestand ging von 133 782 Dollar auf 85 663 Dollar zurück.

Gewerkschaftsmarken zur Kennzeichnung der von den Mitgliedern erzeugten Waren benutzen 56 Verbände; die Marke des Arbeiterbundes selbst wird von einigen Lokalvereinen zu diesem Zweck verwendet. Zehn Verbände, deren Mitglieder in der persönlichen Dienstleistung tätig sind, haben Gewerkschaftskarten eingeführt, die in jenen Geschäften ausgestellt werden dürfen, deren Inhaber organisierte Arbeiter beschäftigen und die gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen anerkennen; zu diesen Verbänden gehören die Friseur-, Hotel- und Restaurantbediensteten, Fleischer, Handlungsgehilfen, Kutsher und Chauffeure usw.

Die Einnahmen des Arbeiterbundes betragen im Verwaltungsjahre 1912 207 374 Dollar und die Ausgaben 277 479 Dollar. Der Bestand ging von 189 579 Dollar am Beginn auf 119 474 Dollar am Schluß des Jahres zurück.

Von den Einnahmen trafen auf Beiträge der angeschlossenen Organisationen 153 434 Dollar, das Organ „American Federationist“ 17 240 Dollar, Materialien 9509 Dollar, Zinsen 4591 Dollar usw. Ausgegeben wurden für die Organisatoren 71 061 Dollar, für Gehälter und Entschädigungen anderer Funktionäre und des Bureaupersonals 49 326 Dollar, für den „American Federationist“ 18 732 Dollar, für Druckfachen und Materialien 18 238 Dollar, für Streitunterstützung 67 455 Dollar usw.

Am 12. November wurden Anträge eingebracht, Streitfragen über Mandate behandelt und der Bericht des Exekutivauschusses verlesen. Diesem Bericht ist zu entnehmen, daß der Wirkungsbereich einer Reihe von Gewerkschaften erweitert wurde; sie erhielten zu den Hauptberufen, die bisher das Feld ihrer Tätigkeit bildeten, Nebenberufe zugeteilt. Mit einigen noch außerhalb des Bundes stehenden Organisationen wurde über den Anschluß verhandelt; bei den Maurern werden diese Verhandlungen voraussichtlich am ersten zu einem positiven Resultat führen.

Grenzstreitigkeiten nehmen in dem Bericht wieder einen breiten Raum in Anspruch.

Ausführlich behandelt wird der unseren Lesern bekannte „Mißachtungsprozeß“\*) gegen Gompers, Mitchell und Morrison, der im Laufe des

Jahres zum zweitenmal zur Beurteilung der Angeklagten zu zwölf-, neun- und sechsmonatigen Gefängnisstrafen führte, weil sie einen gerichtlichen Einhaltsbefehl mißachteten. Der Fall deckt deutlich die Gefahren auf, welche der amerikanischen Arbeiterbewegung aus der schrankenlosen Anwendung des gerichtlichen Einhaltsbefehles erwachsen. Die Gewerkschaften fordern schon seit langer Zeit, daß dieser Praxis ein Ende gemacht werde, aber trotz aller Bemühungen war eine gesetzliche Regelung der Ausgabe von Einhaltsbefehlen nicht zu erlangen. Nun gab am 4. November das oberste Bundesgericht eine neue Gerichtsordnung für die sogenannten „Courts of Equity“ heraus, worin auch die Ausgabe von Einhaltsbefehlen betreffende Vorschriften enthalten sind. Sie verbieten, zeitweilige Einhaltsbefehle zu erlassen, wenn nicht vorher die Partei, welche davon betroffen werden soll, von dem Verlangen der Gegenpartei, die den Einhaltsbefehl beantragt, verständigt worden ist. Wenn aber bewiesen wird, daß der Einhaltsbefehl erforderlich ist, um sonst unabwehrbare Schädigungen zu verhüten, so kann der Einhaltsbefehl ohne weiteres ausgegeben werden und wer dagegen verstößt, begeht eine strafbare Handlung. Doch ist es klar, daß bei Arbeitskämpfen die Unternehmer fast in jedem Fall das Gericht davon zu überzeugen verstehen, daß ihrem Eigentum oder den von ihnen beschäftigten Streikbrechern unabwendbare Gefahr droht. Die neuen Vorschriften ändern also an der Sache nicht viel, sie ermöglichen noch immer das willkürliche Eingreifen der Gerichte bei wirtschaftlichen Kämpfen. Der Exekutivauschuss erklärt denn auch, daß die neuen Vorschriften in allen wesentlichen Punkten den Zweck verfehlen, den sie erfüllen sollten.

Der Boykottprozeß gegen die Hutmachergewerkschaft wurde am 11. Oktober 1912 ebenfalls zum zweitenmal zuungunsten der Gewerkschaft entschieden, welche der Firma D. Löwe u. Co., die boykottiert worden ist, die Summe von 240 000 Dollar als Schadenersatz zahlen soll.

In einer anderen Boykottsache fordert ein Unternehmer, C. W. Post, vom amerikanischen Arbeiterbund und einer Firma, die mit dem Arbeiterbund einen Kollektivvertrag abschloß, Schadenersatz in der Höhe von 750 000 Dollar. In dieser Angelegenheit wurde das Urteil noch nicht gefällt.

Wenn das Anti-Trustgesetz, auf Grund dessen die Schadenersatzklagen angestrengt wurden, tatsächlich auf Gewerkschaften anwendbar ist, so wird es den Unternehmern nicht schwer fallen, die verhassten Arbeiterorganisationen durch Schadenersatzklagen zu ruinieren. Es kann nicht nur die Organisation und jedes einzelne Mitglied zur Zahlung verantwortlich gemacht werden, sondern es kann auch jedes Mitglied, das an der „Schädigung“ eines Unternehmers mitschuldig ist, bis zu einem Jahr eingesperrt werden. „O Land der Freiheit!“

Andere Fragen, mit denen sich der Bericht des Exekutivauschusses befaßt, betreffen die Einführung einer einheitlichen Gewerkschaftsmarke; die Beziehungen zu einer Organisation der Bauern; die Tätigkeit auf politischem Gebiet; die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern, der Chineseneinwanderung usw.; die Errichtung eines Sanitätsamts der Bundesregierung; die gewerbliche Fortbildung; das internationale Gewerkschaftsfretariat und den internationalen Anti-Heimarbeiter-

\*) Siehe „Corr.-Bl.“ 1912, S. 436—437.

erste Gelegenheit, die wirkliche Stärke der beiden Richtungen in der Angestelltenbewegung, die sich beim Kampfe um die staatliche Versicherung herausgebildet hatten, zahlenmäßig festzustellen. Die Wahlen haben denn auch das Bild, das sich aus den Mitgliederzahlen der beiden Richtungen angeschlossenen Organisationen ergibt, ganz erheblich korrigiert. Die eine Richtung wird durch den Hauptauschuß für die Pensionsversicherung der Privatangestellten präsentiert. Ihm sind nach seinen Angaben Organisationen mit insgesamt etwa 700 000 Mitgliedern angeschlossen. Er steht unter der Führung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Es gehören ihm ferner unter anderem der Verein für Handlungskommis von 1858, der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, der Deutsche Technikerverband und zwei größerer Verbände weiblicher Angestellter an. Die andere Richtung ist unter dem Namen Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten bekannt. Die Mitgliederzahl der ihr angeschlossenen Verbände beläuft sich auf etwa 50 000. Ihr gehören die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände sowie der Bund der technisch-industriellen Beamten und einige kleinere Organisationen an. Der Hauptauschuß forderte die Schaffung einer Sonderversicherung für die Angestellten, wie sie durch das Gesetz verwirklicht worden ist. Die Freie Vereinigung stand auf dem Standpunkt, daß der Zweck der Versicherung besser durch den Ausbau der Invalidenversicherung zu erreichen gewesen wäre. Nach dem Zustandekommen des Gesetzes betrachtete sie es als ihre wichtigste Aufgabe, dafür zu sorgen, daß in die Versicherungsbehörden Personen gewählt werden, die die Interessen der Angestellten gegenüber den Unternehmern und Regierungsvertretern mit allem Nachdruck vertreten.

Die Wahlen haben, wie schon oben erwähnt, gezeigt, daß der Einfluß der Freien Vereinigung weit über die Kreise der ihr angeschlossenen Verbände hinausgeht. In etwa 250 Wahlkreisen, in denen der Kampf zwischen den beiden Richtungen ausgefochten wurde, brachte die Freie Vereinigung es auf etwa 80 000 Stimmen und der Hauptauschuß auf etwa 178 000 Stimmen. Angesichts der oben mitgeteilten Mitgliederzahlen können wir behaupten, daß dieses Ergebnis einen glänzenden Erfolg der Freien Vereinigung darstellt. Es ist bemerkenswert, daß sogar an den Sitzen der größten Hauptauschußverbände die von der Freien Vereinigung erzielten Stimmengahlen beträchtliche gewesen sind. So entfielen in Hamburg, dem Sitz des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Vereins für Handlungskommis von 1858, auf den Hauptauschuß insgesamt 7206 und auf die Freie Vereinigung 3801 Stimmen. Am schlimmsten war hier die Niederlage des Vereins für Handlungskommis von 1858, der bei einer Mitgliederzahl in Hamburg von etwa 20 000 ganze 2700 Stimmen auf seine Liste vereinte. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband brachte es dort auf etwa 1500 Stimmen. Hier spielte sich übrigens noch ein bemerkenswerter Vorgang ab, der nicht zuungunsten des Hauptauschusses gewirkt haben dürfte. Die Wahl sollte nach amtlicher Bekanntmachung an acht Tagen, und zwar an jedem Tage für die in einem bestimmten Stadtteile wohnhaften Angestellten vorgenommen werden. Als die Wahlbeteiligung in den ersten Tagen zu wünschen übrig ließ und die Wahlchancen des Hauptauschusses sich dadurch stark verringerten, da erschien eine amtliche Bekanntmachung, durch die den säumigen Wählern

aus den Stadtteilen, die bereits gewählt hatten, Gelegenheit gegeben wurde, an den letzten beiden Wahltagen ihr Wahlrecht auszuüben. In Frankfurt a. M., dem Sitz des Kaufmännischen Vereins Frankfurt a. M. mit einigen Tausend Mitgliedern, erzielte dieser Verein 230 Stimmen und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband brachte 1117 Stimmen auf, das waren ganze 35 Stimmen mehr, als bei der letzten Kaufmannsgerichtswahl, obwohl bei den Versicherungswahlen schon alle Angestellten von über 21 Jahren wählen können, während zur Kaufmannsgerichtswahl nur die über 25 Jahre alten Angestellten zugelassen werden. In Groß-Berlin erzielte der Hauptauschuß ganze 17 672 Stimmen gegenüber 21 734 Stimmen der Freien Vereinigung.

Dabei hatten die Hauptauschußverbände kein Mittel gesucht, um die Angestellten vor der Freien Vereinigung gruselig zu machen. Überall wurde von den Hauptauschüßlern die Behauptung aufgestellt, die Wahlkosten der Freien Vereinigung würden von der sozialdemokratischen Partei bezahlt. Daß diese Art der Agitation ihre Wirkung verfehlt, ist ein gutes Zeichen dafür, daß die Angestellten anfangen, dieser Partei gegenüber eine andere Stellung einzunehmen als bisher. Es genügt heute nicht mehr, jemand als Sozialdemokraten zu verzeichnen, um ihn unter den Angestellten jeden Einflusses zu berauben. Es dürfte dies wohl zur Hauptsache auf die Arbeit der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände zurückzuführen sein, die die Haltung der Sozialdemokratie stets objektiv würdigten. Dies sollten sich die Angestelltenverbände zur Lehre dienen lassen, welche glauben, durch strenge organisatorische Absonderung von den Arbeiterorganisationen schnellere und größere agitatorische Erfolge erzielen zu können. Sie entgegen, wenn sie nicht auf eine wirklich gewerkschaftliche Tätigkeit verzichten wollen, nicht den Angriffen der im Unternehmerschlepptau schwimmenden Angestelltenorganisationen; sie laufen höchstens Gefahr, sich wirklich von den Arbeiterorganisationen zu entfernen und in ein reaktionäres Fahrwasser abgedrängt zu werden.

Die Niederlage des Hauptauschusses bei den Wahlen wäre aber noch vollständiger gewesen, wenn nicht ein großer Teil der weiblichen Angestellten ihm zur Hilfe geeilt wäre. Diese Tatsache erscheint nahezu unglücklich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Hauptauschuß die frauenfeindlichen Deutschnationalen die Führung hatten. Auch die übrigen Handlungsgehilfenverbände des Hauptauschusses nehmen den Frauen gegenüber eine nicht gerade wohlwollende Stellung ein. Die unter Führung hervorragender bürgerlicher Frauenrechtlerinnen stehenden Organisationen weiblicher Angestellter benutzten die Gelegenheit, um ihre eigenen Feinde zu stärken oder soll man annehmen, daß sie sich über das Wesen ihrer Verbündeten getäuscht haben? Erwarten sie wirklich, daß die Vertreter des Hauptauschusses sich besonders für die Beseitigung der Beschränkungen der Rechte der weiblichen Versicherten gegenüber den männlichen, die auch noch im Versicherungsgesetz für Angestellte enthalten sind, ins Zeug legen werden? Das ist nicht anzunehmen. Die Organisationen der weiblichen Angestellten sind im Grunde ebenso reaktionäre Gebilde, wie die übrigen Hauptauschußverbände. Sie sind ihnen weisensverwandt und nur hieraus ist es erklärlich, daß sie über die Frauenfeindlichkeit ihrer Verbündeten hinwegsehen konnten. Dies war ihnen um so leichter möglich, als durch das System der verbundenen Listen

dieses Bündnis nicht so augenfällig in die Erscheinung trat. Die Verbände des Hauptauschusses stellten überall eigene Listen auf und meldeten diese Listen als sogenannte „verbundene Listen“ dem Wahlleiter an, das heißt, sie ließen ihre Listen der Freien Vereinigung gegenüber als eine Liste gelten. So gelang es den Verbänden weiblicher Angestellter mit ihren „reinen Frauenlisten“ nicht nur ihre eigenen Mitglieder, sondern auch einen Teil der großen Zahl unorganisirter weiblicher Angestellter für sich zu gewinnen. Die Verbände der Freien Vereinigung, die ausnahmslos auf dem Standpunkt der Gleichberechtigung der Frauen stehen, stellten überall nur eine gemeinsame Liste auf. Diese Listen konnten selbstverständlich keine reinen Frauenlisten sein. Es sind aber auf ihnen in einer ganzen Reihe von Orten auch weibliche Angestellte als Vertrauensmänner gewählt worden. Wie erheblich die Zahl der weiblichen Angestellten war, die für die Hauptauschusslisten bestimmt haben, geht aus folgender Aufstellung hervor:

Wahlkreis	Der Hauptauschuss erhielt Stimmen	Hiervon entfielen auf die Frauenlisten	In Prozent
Berlin . . . . .	10638	4011	37
Breslau . . . . .	4317	1650	38
Dresden . . . . .	6367	1629	26
Frankfurt a. M. . . . .	4766	1228	26
Görlitz . . . . .	1228	324	26
Halle . . . . .	1731	422	24
Kassel . . . . .	1988	597	30
Möln . . . . .	4052	974	24
Strefeld . . . . .	1482	429	29
München . . . . .	3849	1637	42
Stuttgart . . . . .	3228	665	20

In Königsberg bildete die Zahl der auf die reinen Frauenlisten entfallenen Stimmen sogar die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen.

Auf der anderen Seite muß aber festgestellt werden, daß es einigen Hauptauschussverbänden schon vor der Wahl nicht gelang, ihre Mitglieder zusammenzuhalten. So ist ein Teil der Mitglieder des Deutschen Technikerverbandes und des Wertmeisterverbandes von vornherein gegen den Hauptauschuss und für die Freie Vereinigung eingetreten.

Fassen wir das Ergebnis unserer Betrachtungen noch einmal zusammen, so ergibt sich: Der Hauptauschuss, die Vereinigung aller reaktionären Angestelltenorganisationen, hat trotz strupelloser Agitation und selbst mit Hilfe der bürgerlichen Organisationen weiblicher Angestellter eine Schlappe erlitten, die gezeigt hat, daß ein großer Teil der feinen Organisationen angeschlossenen Mitglieder mit ihm nicht einverstanden ist. Die Freie Vereinigung hat dagegen den Wahlkampf mit Ehren bestanden. Die Zahl ihrer Anhänger ist bedeutend größer, als die Mitgliederzahl der ihr angeschlossenen Verbände.

Die Wahlagitatorik ist namentlich von den freigewerkschaftlichen Organisationen ausgiebig benutzt worden, um für die gewerkschaftlichen Ideen und Kampfesmethoden in der Angestelltenbewegung Propaganda zu machen. Das Wahlergebnis hat gezeigt, daß der Boden für die Aufnahme dieser Ideen gegenwärtig besonders günstig ist. Wird diese Situation kräftig ausgenutzt, so wird der Wahlkampf auch eine organisatorische Stärkung der gewerkschaftlichen Richtung in der Angestelltenbewegung zur Folge haben.

Fr i s c h l i o f.

## Kartelle und Sekretariate.

### Gewerkschaftssekretär für Viefelsfeld gesucht!

Das Gewerkschaftskartell Viefelsfeld sucht zum 1. April einen tüchtigen Sekretär, der reddegewandt und in der Sozialgesetzgebung erfahren sein muß.

Das Anfangsgehalt beträgt 2200 Mk. und steigt jährlich um 120 Mk. bis 2900 Mk. Etwaige Dienstjahre werden angerechnet.

Selbstgeschriebene Bewerbungen, die Angaben über die seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung enthalten müssen, sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, bis zum 20. Januar an Josef Stöllner, Viefelsfeld, Marktstraße 12, zu senden.

## Andere Organisationen.

### Die Generalversammlung der Bühnengenossenschaft.

Berlin, 4.—6. Dezember.

Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, die sozialwirtschaftliche Organisation der deutschen Bühnenkünstler, hielt vom 4. bis 6. Dezember in Berlin ihre diesjährige Generalversammlung ab. Es handelt sich um eine Organisation, die schon seit vier Jahrzehnten eine bedeutungsvolle Tätigkeit für ihre Berufsangehörigen entfaltet hat und insbesondere durch die Schaffung einer Pensionsanstalt ihren Mitgliedern einen wirksamen Schutz bei Alter und Invalidität bietet.

Aber auch bei diesem dem sozialen Kampfplatz scheinbar entfernten Berufsstande hat die neue Zeit mächtig an die Türen geklopft. Während früher die Harmonieideen in der Genossenschaft lebendig wirkten und die Theaterdirektoren einen nicht geringen Einfluß ausübten, ist seit einigen Jahren ein großer Umschwung eingetreten. Unter der Führung Hermann Niffens hat sich in heftigen Kämpfen eine, nennen wir sie, gewerkschaftliche Richtung in der Genossenschaft durchgesetzt, die eine entschiedene Vertretung der sozialwirtschaftlichen Interessen der Bühnengehörigen fordert. Es ist ein hervorragendes Verdienst dieser Richtung, das hinter den Kulissen der Bühnen versteckte Glend an die Öffentlichkeit gezogen und weite Kreise für einen gefühlvollen Eingriff zum Schutze der Bühnengehörigen interessiert zu haben. Diese Tat fordert die Anerkennung um so mehr heraus, als die Auser im Streite zu den größten Künstlern der deutschen Bühne gehören, die in diesem Kampfe für sich selbst wenig oder gar nichts zu gewinnen haben, die aber aus sozialem Pflichtgefühl an die Spitze der Bewegung getreten sind.

Freilich, so leicht war die alte Zeit nicht überwunden. Als Niffen 1908 den Sieg der Opposition erfocht und als Entgelt dafür den Haß der Bühnendirektoren bezw. ihrer Organisationsleitung gewann, schien die Sache entschieden zu sein. Allein, die unterlegene Richtung gab das Spiel nicht verloren. Es begann zunächst ein „unterirdischer“ Kampf gegen Niffen persönlich, den Träger der neuen Richtung; in diesem Kampfe sind alle Bosheiten der Künstler-Cliquen, alle Brunnenvergiftung der Drucker-schwärze und alle Infamien des Theaterflatsches aufgeboden worden, um den Mann zu vernichten, dessen Beseitigung manchen Theaterdirektoren als der Untergang der neuen Organisationsrichtung der Schauspieler dünkte. So hat sich der Kampf um das gewerkschaftliche Sein oder Nichtsein der Bühnengenossenschaft während der letzten vier Jahre in der